ZivilCourage

Das Magazin für Pazifismus und Antimilitarismus der

DFG-VK

Nr. 2/2011 | 37. Jahrgang | 2,30 €

Aktion Aufschrei

Gemeinsam gegen den Export von Terror und Gewalt made in Germany!

Den Opfern Stimme – den Tätern Name und Gesicht

mit der Beilage
atomwaffenfrei
information der gewaltfreien aktion atomwaffen abschaffen

Titel

Christine Hoffmannn, Paul Russmann und Jürgen Grässlin 4
Gemeinsam gegen den Export von Terror und Gewalt „Made in Germany“!
Zum Start der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“

Stephan Möhrle 9
Die Händler des TodesX
Die wichtigsten deutschen Rüstungsfirmen

Kontroverse

Der taz-Redakteur Martin Kaul hat in seiner Zeitung einen bösartigen Kommentar unter dem Titel „Opportunistische Ostermärsche“ veröffentlicht – taz-Korrespondent Andreas Zumach antwortet unter der Überschrift „Falsch, denkfaul und naiv“ 12

Kriegsdienstverweigerung

Gernot Lennert 14
„Armee und Volk waren niemals eins“
Drei Jahre Gefängnis für ersten ägyptischen Kriegsdienstverweigerer

Rudi Friedrich 16
„Uneingeschränkte Solidarität mit US-Krieg“?
US-Deserteur André Shepherd klagt gegen die Ablehnung seines Asyl-Antrags

André Shepherd 17
Wie lange lassen wir diesen Wahnsinn noch zu?

Antimilitarismus

Monty Schädel 18
Kein Werben fürs Sterben
Militär hat in Schulen nichts zu suchen

Roland Blach 20
Schulfrei für die Bundeswehr
Breites Bündnis gegen die Militarisierung der Schule in Baden-Württemberg

Kai-Uwe Dosch 21
Schule ohne Bundeswehr NRW
Tagebuch eines Bündnisses

Christoph Neeb 22
Wie umgehen mit Militär in der Schule?
Der DFG-VK-Bundesausschuss diskutiert Gegenstrategien

Gertie Brammer 24
„Hallo Finanzamt – Steuern gegen Gewalt“
Bundesweite Aktion zur Militärsteuerverweigerung

DFG-VK - Intern

Frank Brendle 26
Unsere Aufgaben im Krieg
Zur Programmdebatte der DFG-VK

Literaturhinweise 25

Impressum 25

Das Titelfoto zeigt „Sicherheitskräfte“ in Peru im Einsatz mit einer Maschinenpistole des Typs MP5, entwickelt von der deutschen Rüstungsfirma Heckler & Koch. Peru verfügt offiziell nicht über MP5, so dass von einem illegalen Export ausgegangen werden muss, der höchstwahrscheinlich aus der MP5-Lizenzfabrikation bei „Fabrica de Armas“ in Mexiko stammt.

Wir haben sie gründlich satt, die Kriegsmacher

Erklärung der War Resisters’ International zur Intervention in Libyen

War Resisters’ International – ein internationales Netzwerk von über 80 antimilitaristischen Gruppen in mehr als 40 Ländern – erklärt:

Wir haben sie gründlich satt, die Militärinterventionen, die sich hinter dem Schutzschirm von falschen „humanitären Motiven“ verstecken, sei es in Libyen oder anderswo. Wir haben die Logik der Gewalt als einer Form, soziale und politische Konflikte zu lösen, gründlich satt. Und doch müssen wir uns schon wieder diesen Themen zuwenden, als wäre in den letzten hundert Jahren nichts gelernt worden. Wir lehnen die militärische Intervention von außen in Libyen, unter welchem Vorwand auch immer, absolut ab. Wir lehnen auch den Gebrauch von Gewalt als Reaktion auf die vielfältigen Konflikte in Libyen ab. Vor allem lehnen wir die ethischen und politischen Lektionen ab, die uns die intervenierenden Regierungen als Rechtfertigung für Bombardierung und Tod in dem Krieg gegen ihren ehemaligen Verbündeten Gaddafi offerieren.

Die gelieferten Waffen der überwiegend europäischen Länder sind nun Objekt der Zerstörung durch einige dieser Mächte. Jetzt liefern sie noch mehr Waffen – oder erlauben deren Lieferung – diesmal an Gruppen in Opposition zu Gaddafi. Die Tatsache, dass diese Heuchelei nicht neu ist, verringert nicht unsere Empörung, wann immer sie geschieht. Sie unterstützten Mubarak und seine Truppen in Ägypten und Ben Ali in Tunesien so lange wie möglich – und wechselten die Seite, als es für sie nicht länger nützlich war.

Wir lehnen auch militärische Interventionen von außen bei den Prozessen der Veränderungen, die in Nordafrika begonnen haben, ab. Diese unvollendeten Prozesse benötigen auf jeden Fall mehr Zeit, damit die Menschen Freiheit und soziale Gerechtigkeit erringen können. Wir hoffen, dass der Untergang der Diktaturen die Verletzungen der ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte und Menschenrechte von Personen und Völkern beendet. Insbesondere sollte die hasserfüllte Gender-Gewalt und Diskriminierung, zu der die gestürzten Regimes ermutigt hatten, ein Ende haben. Die internationale Rolle sollte nicht darin bestehen, die Zukunft dieser Länder zu formen, sondern eher darin, Unterstützung anzubieten für den Aufbau einer Gesellschaft, die die Wünsche und Rechte der Menschen respektiert. In Libyen sehen wir jedoch, dass die militärische Intervention von außen den Boden für langfristige bewaffnete Konflikte schafft, Trennungslinien verschärft, die Militarisierung der sozialen Bereiche und den Gebrauch von Gewalt verstärkt.

Was in Libyen als ein unbewaffneter Volksaufstand gegen die Diktatur begann, ist nun zu einem Bürgerkrieg geworden, der darin gipfeln wird, mit internationaler militärischer Intervention eine militärische Splittergruppe an die Macht zu bringen – wie bei den verlogenen „Friedensprozessen“ in Irak und Afghanistan.

Die WRI setzt sich heute wie gestern aktiv dafür ein, Militarismus zu verhindern und Krieg und seine Ursachen zu beseitigen. Die gewaltlosen Aktionen, die zu den Veränderungen in Tunesien und Ägypten geführt haben, zeigen den Weg, zwar noch unvollendet, aber Respekt für das Leben von Menschen und Völkern bejahend. Die WRI wird diesen Weg weiterhin unterstützen – ganz konkret durch Unterstützung des ägyptischen Kriegsdienstverweigerers Maikel Nabil Sanad, inhaftiert wegen „Beleidigung der Armee und Störung der öffentlichen Sicherheit“ (wegen seiner im Blog veröffentlichten Meinung; *siehe Seite 14 in dieser* **ZivilCourage**), indem ein internationaler Beobachter zum Prozess in Kairo entsandt wird; und durch Veröffentlichung des *WRI-Handbook for Nonviolent Campaigns* (Handbuch für gewaltlose Kampagnen) auf Arabisch.

Erklärung des WRI-Vorstands vom 7. April 2011

Redaktion **ZivilCourage**
Postfach 900843, 21048 Hamburg
Telefon 040-58966161 eMail zc@dfg-vk.de

Die **ZivilCourage** erscheint seit der Fusion von DFG-IdK und VK 1974. Zuvor gaben die Deutsche Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner die Zeitschrift „Courage“ und der Verband der Kriegsdienstverweigerer die Zeitschrift „Zivil“ heraus.

Termin vormerken!

Der DFG-VK-Bundeskongress findet statt vom 1. bis 3. Oktober 2011 … alle weitere Infos in der nächsten Zivilcourage

Foto: Peter Tobiassen

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Praxis der Rüstungsexporte ist ein Skandal, dem jeden Tag überall in der Welt Menschen zum Opfer fallen – getötet mit Waffen „made in Germany“. Im Sinne der Mütter und Väter des Grundgesetzes ist das nicht. Sie hatten im Artikel 26 formuliert: „Zur Kriegführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden.“ Wohl undenkbar für sie, dass die Bundesrepublik einmal der weltweit drittgrößte Rüstungsexporteur werden könnte. Die soeben gestartete „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ will eine Klarstellung im Grundgesetz erreichen, die diesen „Mordshandel“ unmöglich macht. Die SprecherInnen der Kampagne – Christine Hoffmann von pax christi, Paul Russmann von Ohne Rüstung Leben und Jürgen Grässlin von der DFG-VK – stellen sie in diesem Heft vor und nennen auch Möglichkeiten, wie jede und jeder sich daran beteiligen kann.

Das zweite große Thema in diesem Heft ist die zunehmende Militarisierung des Bildungswesens – immer stärker drängt die Bundeswehr in die Schulen, viele Kultusministerien haben mittlerweile Kooperationsvereinbarungen mit ihr getroffen. Der Hintergrund: Für das Militär fehlt der menschliche Nachschub. Und: Die Bevölkerung lehnt die Kriegspolitik der Regierung mehrheitlich ab. Beides sollen die Jugendoffiziere ändern. Unser Motto lautet deshalb: „Schulfrei für die Bundeswehr!“

Kurz vor Redaktionsschluss wurde bekannt dass den diesjährigen Aachener Friedenspreis die Informationsstelle Militarisierung, in der auch viele DFG-VK-Mitglieder wie z.B. Tobias Pflüger engagiert mitarbeiten, gemeinsam mit DFG-VK-Bundessprecher Jürgen Grässlin erhalten. Herzlichen Glückwunsch! Die Preisverleihung findet am 1. September, dem Anti-Kriegs-Tag statt; wir werden berichten.

Stefan Philipp

P.S. Wegen einer chronischen Erkrankung bin ich bis Ende Juni in einer stationären Reha in Süddeutschland. Das Redaktionsbüro ist in dieser Zeit nicht erreichbar.

was & wo in der DFG-VK

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle, Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt, 069-27 29 82 31, office@dfg-vk.de

Politischer Geschäftsführer: Monty Schädel, 0177-887 10 14, schaedel@dfg-vk.de

Bertha-von-Suttner-Stiftung, Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund, 0231-81 80 32, Stiftung@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Baden-Württemberg, Werastr. 10, 70182 Stuttgart, 0711-51885601, ba-wue@dfg-vk.de, www.dfg-vk.de/lv-bawue

DFG-VK-Landesverband Bayern, Schwanthalerstraße 133, 80339 München, 089-89623446, bayern@dfg-vk.de, www.dfg-vk.de/bayern

DFG-VK-Landesverband Berlin-Brandenburg, dfgvk@bamm.de, www.bamm.de

DFG-VK-Landesverband Bremen/Niedersachsen, Villa Ichon, Goetheplatz 4, 28203 Bremen 0421-596 49 61, nds-hb@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Hamburg/Schleswig-Holstein, Exerzierplatz 19, 24103 Kiel, lv.hh-sh@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Hessen, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt, 069-431440, dfgvkhessen@t-online.de

DFG-VK-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, Postfach 12 08, 17182 Waren/Müritz, 0177-887 10 14, mv@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Nordrhein-Westfalen, Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund, 0231-818032, dfg-vk.nrw@t-online.de, www.nrw.dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Ost, c/o Torsten Schleip, Straße des Aufbaus, 04416 Markkleeberg, 034299-76637, lvost@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Rheinland-Pfalz, c/o Jürgen Locher, Sigismundstraße 12, 55543 Bad Kreuznach, 0671-45425

DFG-VK-Landesverband Saarland, Postfach 100621, 66104 Saarbrücken, 0681-35958 (jeden Donnerstag von 19 Uhr bis ca. 20 Uhr), saar@dfg-vk.de

ZivilCourage Abo schnipsel

Bitte mit 45 Cent frankieren

POSTKARTE

An die
DFG-VK
Kasseler Straße 1A
60486 Frankfurt

Alle Mitglieder der DFG-VK bekommen die ZivilCourage automatisch. Alle anderen müssen sie abonnieren. [Oder eben DFG-VK-Mitglied werden.] Sechs Hefte im Jahr. Für 14 €. Frei Haus. Ausfüllen. Ausschneiden. Abschicken. Abonnieren.

Ich abonniere die ZivilCourage ab sofort zum Jahrespreis von zurzeit 14.- € einschließlich Porto.

Vorname

Name

Straße

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift ×

Ich bezahle bequem per Bankeinzug

Konto

BLZ

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen ohne Begründung bei der DFG-VK, Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung. Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

×

Foto: pax christi

Gemeinsam gegen den Export von Terror und Gewalt made in Germany!

Von Christine Hoffmann, Paul Russmann und Jürgen Grässlin

Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht neue Rüstungsexportskandale aus Deutschland bekannt werden: Den offenbar illegalen Exporten des berüchtigten Sturmgewehres G36 von Heckler & Koch nach Mexiko folgten die Enthüllungen über die Waffentransfers an die autoritären Regimes in Tunesien und Ägypten und nicht zuletzt die Aufrüstung verfeindeter Konfliktparteien im Libyen-Krieg.

Deutschland ist mittlerweile zum Europameister im Waffenhandel aufgestiegen und damit – nach den USA und Russland – der größte Profiteur dieser Geschäfte mit dem Tod. Es ist höchste Zeit, gegen diese Politik aufzustehen. Deshalb haben sich viele Organisationen aus der Friedens- und Menschenrechtsarbeit zusammengetan, um gemeinsam mit entwicklungspolitischen Gruppierungen, Gewerkschaften und möglichst vielen weiteren zivilgesellschaftlichen Akteuren eine auf drei Jahre – bis zur nächsten Bundestagswahl im Jahr 2013 – geplante Kampagne mit dem Titel „Aktion Aufschrei: Stoppt den Waffenhandel!“ durchzuführen.

Sie alle fordern gemeinsam eine Klarstellung des Grundgesetz-Artikels 26, der in seinem neu zu fassenden Absatz 2 dann so lauten soll: „Zur Kriegführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt das Kriegswaffenkontrollgesetz. Kriegswaffen und Rüstungsgüter werden grundsätzlich nicht exportiert. Das Nähere regelt das Rüstungsexportgesetz.“ Ein Schritt zum Ziel dieser Grundgesetzklarstellung: die Sammlung von 262.000 Unterstützungs-Unterschriften bis zur Bundestagswahl 2013. Unterschriftenlisten können beim DFG-VK-Materialvertrieb *(Werastr. 10, 70182 Stuttgart)* bestellt werden. Die Unterschrift kann aber auch im Internet online auf www.aufschrei-waffenhandel.de geleistet werden

Mit Milliardenumsätzen an die Weltspitze

Betrachten wir das erste Jahrzehnt dieses Jahrhunderts. In den Jahren 2001 bis 2009 (für 2010 liegen die Zahlen noch immer nicht vor!) wurden Rüstungsexportgenehmigungen für insgesamt 63,8 Milliarden Euro erteilt. Diese Berechnung enthält nicht die zudem exportier-

ten Dual-Use-Güter, die – wie beispielsweise Unimogs oder Sattelzugmaschinen – zivil und militärisch verwendbar sind.

Deutlich erkennbar sind drei Schwerpunktbereiche: gepanzerte Rad- und Kettenfahrzeuge für 11 Milliarden, Kriegsschiffe für mehr als 6 Milliarden und militärische Luftfahrzeuge für 2 Milliarden Euro.

Zu Land ...

Mit mehr als 11 Milliarden Euro sind die gepanzerten Rad- und Kettenfahrzeuge klarer Spitzenreiter des deutschen Rüstungsexports. Schaut man genauer hin, so differenziert sich dieses Bild: Das Gros der deutschen Exporte besteht – „verramscht" zum Spottpreis – aus Überschusswaffen der Bundeswehr. Mehr als 1.000 Leopard-1-Panzer und mehr als 1.000 Leopard-2-Panzer wurden abgegeben.

Der Systempreis des Leopard 2 liegt zwischen 3 und 12 Millionen Euro – je nach georderter Stückzahl, der Vereinbarung über die technische Ausrüstung und Ersatzteile und abhängig von Inflation und Wechselkurs. Für einen gebrauchten Leopard 2 nimmt die Bundeswehr im Durchschnitt gerade mal noch 300.000 Euro. Deutlich günstiger ist der Leopard 1 zu haben: im Schnitt für etwa 50.000 Euro.

So kommt man nicht auf Exporte im Wert von 11 Milliarden Euro. Auch nicht, wenn man die von der Uno nicht erfassten Exporte der Allschutz-Tranport-Fahrzeuge vom Typ Dingo und anderer Neufahrzeuge hinzunimmt. Und auch nicht, wenn man die Aufträge hinzuzählt, die die deutsche Industrie bekommt, um gebrauchte Bundeswehrfahrzeuge für einen neuen Nutzer wieder fit zu machen.

Des Rätsels Lösung heißt Komponentenexport. Deutschland liefert beispielsweise die Kanonen für Leopard-2-Panzer, die von Griechenland und Spanien gefertigt werden. Zudem liefert Deutschland Gleisketten auf denen gepanzerte Fahrzeuge in zahlreichen Ländern rollen, Komponenten für Haubitzen, die in Südkorea gebaut werden, sowie Motoren und Getriebe für gepanzerte Fahrzeuge in aller Welt. Teile für gepanzerte Fahrzeuge – also Komponenten – sind ein bedeutender Schwerpunkt deutschen Rüstungsexports.

... zu Wasser ...

Deutschland ist Exportweltmeister bei U-Booten und U-Boot-Auslieferungen. Diese Waffentransfers beeinflussen die deutsche Rüstungsexportstatistik erheblich, da jedes dieser äußerst modernen Boote mit zwischen 300 und 500 Millionen Euro zu Buche schlägt. Bei der Genehmigungspraxis galt lange Jahre der Spruch: „Was schwimmt, das geht". Gemeint ist, dass die Bundesregierung bzw. die nachgeordneten Behörden bei der Exportgenehmigung ein Auge zudrückten. Schließlich könnten mit U-Booten keine

Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!" gestartet

Pressekonferenz am 6. Mai in Berlin

Deutschland ist Europameister bei den Rüstungsexporten. Zu den Empfängern deutscher Waffen, Rüstungsgüter und Lizenzen zählen selbst Diktaturen. Deutschland hat Waffen an die autoritären Regimes in Tunesien und Ägypten exportiert, den libyschen Diktator Gaddafi aufgerüstet und die Genehmigung für die Lizenzproduktion des Sturmgewehres G36 von Heckler & Koch an Saudi-Arabien erteilt.

„Aktion Aufschrei: Stoppt den Waffenhandel" heißt eine Kampagne gegen deutsche Rüstungsexporte, die zehn Nichtregierungsorganisationen aus der Friedens- und Entwicklungszusammenarbeit heute starten. Ziel ist, mit einer Klarstellung des Grundgesetzes ein allgemeines Verbot deutscher Rüstungsexporte zu erreichen. Als ersten Schritt wollen wir bis zur Bundestagswahl 2013 die Aufnahme unserer Forderung in die Wahlprogramme der Bundestagsparteien erreichen.

„Die Umstürze in Ägypten und Tunesien und die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen in Libyen führen uns in bedrückender Weise vor Augen, dass die Zeit zur Umkehr gekommen ist. Deutschland darf nicht länger mit seinen Waffenlieferungen zur weltweiten Gewalteskalation beitragen. Eine Politik, die die weltweite Wahrung von Menschenrechten einfordert und zugleich menschenrechtsverletzende Staaten in aller Welt mit Waffen und Rüstungsgütern aus- und hochrüstet, verspielt jede Glaubwürdigkeit und handelt moralisch verwerflich", erklärt Kampagnensprecher und DFG-VK-Sprecher Jürgen Grässlin.

Laut Rüstungsexportbericht der Bundesregierung wurden 2009 Waffen im Wert von 2.034.770 Euro nach Bahrain geliefert, darunter Maschinenpistolen und Munition. Nach Saudi-Arabien gingen Waffenlieferungen im Wert von 167.953.616 Millionen Euro. Dazu zählten Teile für Raketen, Flugkörper und Granaten sowie Teile für Kampflugzeuge. Die Bundesregierung genehmigte die Lieferung von Kommunikationsausrüstung sowie Störsendern in Höhe von 53.154.423 Euro. Störsender sind optimal dazu geeignet, die Kommunikation der Widerstandsbewegung per Handy, Twitter oder Facebook zu unterbinden.

Kleinwaffen, einer der Exportschlager der deutschen Rüstungsindustrie, fordern weltweit den größten Teil der Todesopfer in Kriegen und Bürgerkriegen. „Als Ärzte haben wir die Aufgabe, die Opfer zu behandeln. Einer unserer wichtigsten Beiträge für das Wohlergehen der Patienten ist, vermeidbaren Gefahren für deren Gesundheit vorzubeugen. Die deutschen Rüstungsexporte sind ein Gesundheitsrisiko, das wir nicht in Kauf nehmen dürfen. Uns als Ärzte für den Stopp des Waffenhandels einzusetzen, ist eine moralische Verpflichtung", sagt IPPNW-Vorstandsmitglied Ursula Völker.

„Die Kirchen weisen seit nunmehr vierzehn Rüstungsexportberichten insbesondere auf den Schaden hin, den Waffenexport mit Blick auf die Bekämpfung von Armut und Hunger anrichtet. Das Geld, das in die Rüstung fließt fehlt für die Erreichung der Millenniumsziele – und das gilt für die Länder des Südens ebenso wie für Deutschland", erklärt die pax-christi-Generalsekretärin Christine Hoffmann.

„Vor genau 50 Jahren begann mit einem juristischen Kniff die Grundlage für den heutigen Skandal der massenhaft legalen Rüstungsexporte aus Deutschland in alle Welt. Die Zuordnung des Rüstungsexports zum Außenwirtschaftsgesetz stellt aus meiner Sicht einen Systembruch dar, den die Mütter und Väter des Grundgesetzes 1949 nicht wollten. Die Präambel und Art. 26 Abs. 2 des Grundgesetzes stehen dieser Dimension von Rüstungsexporten klar entgegen. Deshalb muss das Grundgesetz im Sinne seiner Verfasser verändert werden", sagt Dr. Holger Rothbauer, Rechtsanwalt und Sprecher von „Ohne Rüstung Leben".

Foto: Manny Schodel

Foto: Stefan Philipp

Protestaktion anlässlich des 60. Firmenjubiläums von Heckler & Koch in Oberndorf/Neckar

Menschenrechtsverletzungen begangen, und diese in Bürgerkriegen kaum eine Rolle spielen.

Doch weit gefehlt: Moderne U-Boote mit Brennstoffzellenantrieb – wie sie Deutschland jetzt zumeist exportiert – eignen sich immer besser zur Aufklärung auch von Gegebenheiten an Land und zur Zielbekämpfung in Küstennähe. Moderne U-Boote dienen durchaus der Bekämpfung von Landzielen. Mehr als zwei Milliarden Menschen leben in Küstennähe. Eine weitere Gefahr besteht darin, dass moderne U-Boote auch kleineren Staaten eine seegestützte Nuklearabschreckung mit weitreichenden nuklearen Marschflugkörpern ermöglichen können. Diese Befürchtung hegten und hegen wir im Blick auf deutsche U-Bootlieferungen nach Israel und Pakistan.

Krieg ist gut fürs Konzerngeschäft

Seit Aufhebung des Waffenembargos 2004 hat die Bundesregierung den Export militärischer Geländewagen, Störsender, Hubschrauber und Panzerabwehrraketen nach Libyen legalisiert. Das Genehmigungsvolumen deutscher Waffentransfers an das Regime Gaddafi wurde von 2008 auf 2009 auf 53 Millionen Euro verdreizehnfacht. Zu den Profiteuren des Libyen-Kriegs zählen allen voran die EADS und damit auch ihr größter Anteilseigner, die Daimler AG.

In den Jahren 2009 und 2010 lieferte die EADS-Beteiligungsgesellschaft MBDA für rund 168 Millionen Euro Panzerabwehrraketen vom Typ Milan 3 an das libysche Militär. Die Waffenwerbung „verbessertes Tötungspotenzial“ spricht für sich. Gefertigt wurden die Abschussanlagen der Panzerabwehrraketen von der ebenfalls zum EADS-Konzern gehörenden Firma LFK (Lenkflugkörper) im bayerischen Schrobenhausen. Jüngst wurde bekannt, dass Katar 100 Milan erhalten und an libysche Rebellen geliefert haben soll. Der Nato-Partner Großbritannien bombardierte im Frühjahr 2011 mit EADS-Kampfflugzeugen der Typen Tornado und Eurofighter Flugbasen und Stellungen der libyschen Armee. Krieg ist eben gut fürs Konzerngeschäft.

... und in der Luft

Fliegende Waffensysteme trugen in den letzten neun Jahren rund 2 Milliarden Euro zu den Genehmigungen bei. Allen voran profitiert die EADS – größter Stimmrechtseigner ist die Daimler AG – über ihre Unternehmensbereiche Cassidian und Eurocopter, weltgrößter Hubschrauberproduzent. In der deutschen Exportstatistik tauchen diese Waffensysteme nur bedingt auf, da der Export der Großwaffensysteme – wie Kampfflugzeuge oder Militärhubschrauber – zumeist über Partnerländer wie Frankreich, Spanien oder Großbritannien abgewickelt werden.

Beispielsweise fertigt die EADS Deutschland das Rumpfmittelteil des Kampfflugzeugs Eurofighter, in der Exportversion Typhoon genannt, im niedersächsischen Varel, die Montage erfolgt danach bei Cassidian im bayerischen Manching. In der deutschen Statistik tauchen lediglich die genehmigungspflichtigen Zulieferungen von Komponenten auf, verteilt auf viele verschiedene Kategorien und versteckt in den Sammelausfuhrgenehmigungen. Diese umfassen Lieferungen an Nato- und EU-Partner, die jedoch nicht aufgeschlüsselt werden. Die gesamte Endmontage findet in Großbritannien statt, von wo aus die Eurofighter/Typhoon nach Saudi-Arabien exportiert werden.

Die größeren Waffensysteme sind als Spitze des Eisbergs zu betrachten, die aus dem Meer der deutschen Rüstungsexport herausragt und erkennbar ist – im weitaus größeren Teil, wo auch ein Aufschrei der Entrüstung und Empörung vonnöten ist: Die Komponenten betreffen zwischen 60 und 80 Prozent aller Genehmigungen deutscher Rüstungsexporte. Zu dieser Einschätzung kamen BITS und Oxfam bereits [im Jahr] 2005 bezüglich der „vergessenen“ Rüstungsexporte. Dr Wert der Sammelausfuhrgenehmigungen, die per Definition omponentenexporte darstellen, liegt für sich schon bei rund 40 Prozent aller Genehmigungen. Dazu kommen die Einzelausfuhrgenehmigungen von Waffensystemen.

Die Folgen deutscher Rüstungsexporte

Führende Empfänger deutscher Waffen sind Staaten, die Krieg führen. Ein bedeutender Anteil der deutschen Waffentransfers erfolgt ausgerechnet in Länder, die Entwicklungshilfe beziehen.

In beträchtlichem Umfang wurden deutsche Waffen an Länder in Krisen- und Kriegsgebiete des Nahen Ostens, Asiens und Afrikas verkauft. Dabei wurde und wird der Grundsatz, nicht in Spannungsgebiete und an menschenrechtsverletzende Staaten zu liefern, offensichtlich zunehmend missachtet. Häufig verschwinden die Waffen in staatlich unkontrollierbaren Grauzonen von Bürgerkriegskonflikten. Denn Re-Exporte an Drittstaaten werden de facto nicht kontrolliert. Mit großer Sorge verfolgen wir auch Lizenzvergaben zum Nachbau deutscher Waffen, so die Errichtung einer ganzen Waffenfabrik zur Lizenzfertigung von G36-Stirmgewehren von Heckler & Koch (H&K) in Saudi-Arabien.

Die Folgen von Rüstungsexporten sind für die Menschen in den Empfängerländern nicht selten verheerend: Bestehende Konflikte werden verstärkt und eskalieren häufig gewaltsam, unzählige Menschen werden getötet, verwundet, vertrieben oder erleiden schwere Traumata.

Weltweit stirbt jede Minute ein Mensch an den Folgen einer Gewehrkugel, einer Handgranate oder einer Landmine. Allein durch Rüstungsexporte und Lizenzvergaben der von H&K entwickelten „Kleinwaffen“ – also Pistolen, Maschinenpistolen, Sturm- und Maschinengewehren –

Mitglied werden im Aktionsbündnis

Alle Initiativen, Vereine und Organisationen, die die Kampagne unterstützen wollen, sind herzlich eingeladen, Mitglied im Aktionsbündnis zu werden. Mit dabei sind schon: *Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit*, *Kooperation für den Frieden* und *medico international*.

Anfragen per eMail: *info@aufschrei-waffenhandel.de*

bis heute nach konservativer Schätzung weit mehr als 1.500.000 Menschen getötet. Noch mehr Menschen wurden verstümmelt. Durchschnittlich alle 14 Minuten stirbt ein weiterer Mensch durch eine Kugel aus dem Lauf einer H&K-Waffe. Weitere ungezählte Kriegsopfer sind durch die vielen anderen waffenexportierenden deutschen Unternehmen zu beklagen.

Rüstungsexporte an sich lösen keine Kriege aus. Aber die Verfügbarkeit von Waffen und anderen Rüstungsgütern trägt dazu bei, dass die Hemmschwelle für deren Einsatz sinkt, die Bereitschaft zur gewaltsamen Konfliktaustragung erhöht und die Effizienz des Tötens vervielfacht wird. Der so genannte „Kalte Krieg" hat gezeigt, dass die Anhäufung von Waffen die eigene Sicherheit nicht vergrößert, sondern Aufrüstung und damit eine steigende Gefahr für den Frieden provoziert. Wer Waffen besitzt, versucht eher, Konflikten mit Gewalt zu begegnen und zieht die Möglichkeit, Konflikte mit zivilen Mitteln zu bearbeiten, deutlich weniger in Betracht.

Wir schreien auf, weil Deutschland Waffen, Rüstungsgüter, Lizenzen und ganze Waffenfabriken an Diktaturen und autoritäre Regimes iefert, die Menschenrechte mit Füßen treten. Diese Rüstungsexporte festigen und legitimieren deren Herrschaft. Die Verletzung allgemeiner menschlicher und global anerkannter Rechte und deren Auswirkungen für die Bevölkerung werden zugunsten eigener Interessen hingenommen.

Selbst wenn die Waffen und Rüstungsgüter, wie zum Beispiel Militärfahrzeuge, nicht eingesetzt werden, sind finanzielle Mittel gebunden. Damit stehen diese für Bildung und Armutsbekämpfung nicht mehr zur Verfügung. Wir stimmen mit Paul Bendix von der Hilfs- und Entwicklungsorganisation Oxfam überein, der sagt: „Auf der ganzen Welt wird damit Kindern Bildung vorenthalten, Aids-Kranke erhalten keine Behandlung und Menschen haben keine Chance, sich aus eigener Kraft aus der Armut zu befreien."

Gute Gründe für eine neue Kampagne gegen Rüstungsexporte

Nach Berechnungen des schwedischen Friedensforschungsinstituts Sipri haben sich die deutschen Rüstungsexporte zwischen 2005 und 2009 gegenüber dem Zeitraum 2000 bis 2004 verdoppelt. U-Boote und Kriegsschiffe, Kampfjets und Militärhubschrauber, Panzer und Raketenwerfer, Sturmgewehre und Maschinenpistolen, Lizenzen zur Waffenproduktion und ganze Rüstungsfabriken werden weltweit ausgeliefert. Zu den Empfängern zählen auch Diktaturen und autoritäre Regime in Afrika, Asien, Lateinamerika und Europa, die die Menschenrechte mit Füßen treten. Die renommierte US-amerikanische Studie Conventional Arms Transfers to Developing Nations beziffert die deutschen Rüstungstransfers im Jahr 2009 auf 2,8 Milliarden US-Dollar (das entspricht 8 Prozent des Weltrüstungshandels). Damit festigt Deutschland – hinter den USA (41 Prozent) und Russland (10,6 Prozent) – seinen Platz als drittgrößte Waffenexportnation der Welt.

Mit unserem Logo reflektieren wir kritisch die Trends des deutschen Waffenhandels: Deutschland exportiert Waffen: Zu Land, zu Wasser und in der Luft. Made in Germany. **Aktion Aufschrei** verweist auf unsere moralische Entrüstung über den Skandal von Waffenexporten in alle Welt, selbst an menschenrechtsverletzende und kriegführende Staaten. Unsere gemeinsame Forderung ist klar: „Stoppt den Waffenhandel!"

Verantwortlich für die Genehmigungen von Rüstungsexporten sind die Bundesregierung und die nachgeordneten Behörden. Weder der Bundestag noch die Öffentlichkeit werden beteiligt. Politisch brisante Waffentransfers werden im geheim tagenden Bundessicherheitsrat unter Leitung von Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihrem Stellvertreter Guido Westerwele gefällt. Basis für die Kontrolle des Rüstungshandels in der Bundesrepublik Deutschland ist Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes. Zurzeit heißt es dort: „Zur Kriegführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz." Neben dem Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) wird bei der Genehmigungsentscheidung auch auf das völlig anders ausgerichtete Außenwirtschaftsgesetz (AWG) und die zugehörige Außenwirtschaftsverordnung Bezug genommen.

Das KWKG regelt den Export von sämtlichen „Kriegswaffen", also atomaren. biologischen und chemischen (ABC) und konventionellen Waffen. Üblicherweise muss für jeden Kriegswaffenexport eine Genehmigung vorliegen. Demnach sind diejenigen Waffentransfers verboten, die nicht ausdrücklich genehmigt werden. Das AWG regelt den Export sämtlicher konventioneller Rüstungsgüter, deckt also „Kriegswaffen" und alle Güter mit „doppeltem Verwendungszweck" (Dual-use) ab. Der Export dieser Güter ist zwar weitestgehend genehmigungspflichtig, soll aber ausdrücklich nur dann untersagt werden, um

- eine Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker zu verhindern,
- zu verhüten, dass die auswärtigen Beziehungen Deutschlands erheblich gestört werden,
- die Sicherheit Deutschlands zu gewährleisten.

Als generelle Richtlinie, dabei aber rechtlich unverbindliche Interpretationshilfe für die Beurteilung einzelner Exportanträge, stehen den zuständigen Behörden die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgüter" zur Verfügung. In ihrer gültigen Fassung vom 19. Januar 2000 führen sie in der Präambel zusätzliche Kriterien für eine restriktive Rüstungsexportpolitik auf: „Die Begrenzung und Kontrolle des Exportes von Kriegswaffen und sonstiger Rüstungsgüter soll einen Beitrag zur Sicherung des Friedens, der Gewaltprävention, der Menschenrechte und einer nachhaltigen Entwicklung in der Welt leisten."

Nicht genug damit, dass Waffen und Rüstungsgüter weltweit mit fatalen Folgen für unzählige Menschen exportiert werden. Seit dem Jahr 2000 wurden trotz der Kriterien der aufgezeigten politischen Richtlinien Ausfuhren von Kriegswaffen und Rüstungsgüter an 40 Staaten im Umfang von 6,43 Milliarden Euro durch staatliche Ausfallbürgschaften – die so genannten „Hermes-Bürgschaften" – abgesichert.

Allein im Jahr 2009 wurden laut Rüstungsexportbericht der Gemeinsamen

Träger der Kampagne

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V. (AGDF) ● Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) ● Deutsche Franziskanerprovinz ● Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) ● Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges e. V. (IPPNW) ● JuristInnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen (Ialana), Deutsche Sektion ● Ohne Rüstung Leben e.V. (ORL) ● pax christi – Internationale katholische Friedensbewegung, Deutsche Sektion ● RüstungsInformationsBüro RIB e.V. ● Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden

Foto: Mony Schröde

Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) staatliche Ausfallbürgschaften für fast 2 Milliarden Euro gewährt. Sie bezogen sich auf Liefergenehmigungen an Abu Dhabi, Bangladesch, Indien, Irak, Südkorea, Libyen, Saudi-Arabien und Pakistan. Nicht nur beim Beispiel Pakistan klingen kritischen BeobachterInnen sofort alle Alarmglocken. Staaten wie diese werden als Konfliktregion und Entwicklungsland gekennzeichnet, ihre Regierungen stehen für eine Politik schwerer Menschenrechtsverletzungen.

Mit der Absicherung von Rüstungsausfuhren durch staatliche Ausfallbürgschaften wird das Geschäftsrisiko rüstungsexportierender Firmen zu Lasten der SteuerzahlerInnen gemindert. Dies kommt einer indirekten Subvention von Rüstungsausfuhren gleich, die in der Wirtschaftskrise oder bei Verlust der Zahlungsfähigkeit des Kunden rasch zu einer direkten werden kann.

In Erwartung verbesserter Exportaussichten drängen viele Rüstungsproduzenten in Deutschland darauf, die bisherigen Restriktionen für Rüstungsausfuhren weiter abzuschwächen. [ev. hier Kasten „Die Händler des Todes] Angesichts der absehbar sinkenden Binnennachfrage wollen sie so ihre Produktionskapazitäten erhalten. Sie können sich dabei auf entsprechende Aussagen im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP vom 26. Oktober 2009 stützen. Die Argumentation seitens der Rüstungsindustrie koppelt geschickt an den – aus Sicht der Bundesregierung weiterhin bestehenden – Bedarf an Rüstungsgütern für eine reduzierte Bundeswehr an. Allerdings mit einem anderen Anliegen: dem der Rüstungsexportförderung.

Nach Aussagen von Friedrich Lürßen, Eigner der gleichnamigen Werft in Bremen und Präsident des neu gegründeten Bundesverbandes der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, werden 70 Prozent der Produktion von Waffen und Rüstungsgütern ins Ausland transferiert. Aber nur das kann exportiert werden, so seine Aussage, was die Bundeswehr als Erstkunde gekauft habe. Bundeswehraufträge gelten demnach als unverzichtbare Türöffner für weitere Geschäfte. Das Drängen der Rüstungsindustrie, Produktionskapazitäten durch erleichterte Rüstungsausfuhren auszulasten, sekundiert auch die Strukturkommission der Bundeswehr in ihrem Bericht vom Oktober 2010. Um kostendeckend zu agieren, werde die Rüstungsindustrie, verharmlosend als „wehrtechnische Industrie“ bezeichnet, mehr als bisher von der zivilen Verwertbarkeit und vom Export ihrer Produkte abhängig sein.

Die Strukturkommission empfiehlt, die „nationalen Exportrichtlinien den europäischen Standards“ anzugleichen. Diese Argumentation ist leicht durchschaubar. Sie führt zu der Erwartung auf eine Erleichterung der Ausfuhr deutscher Waffen und Rüstungsgüter. Erhellend sind dabei Presseberichte mit Überschriften wie „Deutsche Rüstungsexporte. Kanonen für die Konjunktur“, „Bundeswehr-Kommission: Rüstungsexporte erleichtern“ oder „Not schweißt zusammen“.

Angesichts dieser Entwicklung ist klar, dass die Auseinandersetzung um Rüstungsexporte in den kommenden Jahren deutlich schärfer geführt werden muss.

Die heimische Waffenindustrie fürchtet den Sparzwang und womöglich den neuen Kurs des Bundesministers der Verteidigung. Sie hofft ihrerseits „auf schnellere Exportgenehmigungen“, denn Rüstungsexporte sind für die Unternehmen äußerst profitabel. Dagegen entpuppt sich das häufig vorgebrachte Argument, Rüstung schaffe nachhaltig Arbeitsplätze, als schlichtweg falsch. Arbeitsplätze werden durch die Waffenproduktion und -exporte kaum gesichert. Lediglich 0,2 Prozent der Beschäftigten arbeiten heute noch in der Rüstungsindustrie.

Die Fachgruppe Rüstungsexport der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) hält es für unzulässig, Entwicklung und Beschaffungen von Rüstungsgütern für die Bundeswehr in Erwartung von Exporterlösen zu planen und deshalb Rüstungsgeschäfte zu erleichtern. Sie erinnert an die Aussage des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt aus dem Jahr 2008: „Unsere Volkswirtschaft und unsere Zahlungsbilanz sind nicht auf Waffenexporte angewiesen. Zumindest wäre zu wünschen, dass wir die Richtlinien für unsere Waffenexporte wesentlich enger fassen.“

Ziele der Kampagne

Wir fühlen uns den Opfern dieser skandalösen Politik verpflichtet und wollen den Geschäften mit dem Tod ein Ende setzen. Deshalb haben sich Nichtregie-

Kirchen empfehlen Genehmigungsvorbehalt beim Rüstungsexport

Ein unbearbeitetes, systematisches Problem stellt die Konkurrenz zweier unterschiedlicher Logiken im deutschen Rüstungsexportrecht dar. Sie schlägt sich in dessen Unterscheidung zwischen Kriegswaffen und (sonstigen) Rüstungsgütern nieder. Nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz ist die Ausfuhr von Kriegswaffen grundsätzlich verboten, es sei denn, dass sie die Regierung ausdrücklich genehmigt. Umgekehrt schützt das Außenwirtschaftsgesetz den freien Handel mit allen Gütern, darunter auch Rüstungsgütern, und erlegt der Regierung strenge Regeln für einen Eingriff auf. Diese muss jeweils »gerichtsfest« sein.

Da die Mehrzahl der deutschen Rüstungsausfuhren aus Rüstungsgütern besteht, die nach dem Außenwirtschaftsgesetz beurteilt werden, bringt die GKKE die Option in die Diskussion, für Kriegswaffen und Rüstungsgüter gleichermaßen einen Genehmigungsvorbehalt einzuführen. Demnach ist kein Rüstungsexport erlaubt, wenn er nicht ausdrücklich genehmigt ist. Es sollte deshalb geprüft werden, ob die Harmonisierung der Rechtsgrundlage einen widerspruchsfreien Umgang mit Rüstungsausfuhren und ein Mehr an Transparenz versprechen kann. Außerdem wäre die Verpflichtung aufzunehmen, Genehmigungen zu begründen.

rungsorganisationen aus der Friedens- und Entwicklungszusammenarbeit, kirchliche und gesellschaftliche Gruppen und Verbände zusammengeschlossen, um ein Verbot deutscher Rüstungsexporte zu erreichen. Unsere Ziele sind klar definiert:

■ Wir wollen aus der Zivilgesellschaft heraus massiv Druck gegenüber den Verantwortlichen der deutschen Rüstungsexportpraxis aufbauen und zugleich sinnvolle Alternativen zur Waffenproduktion aufzeigen.

■ Wir wollen eine grundsätzliche Veröffentlichungspflicht aller geplanten und tatsächlich erfolgten Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern durchsetzen, um eine öffentliche Diskussionen und parlamentarische Entscheidungen überhaupt erst zu ermöglichen.

■ Wir wollen die Aufnahme eines grundsätzlichen Exportverbots von Waffen und Rüstungsgütern durch die Aufnahme der Forderung nach einer Klarstellung des Grundgesetzartikels 26 Absatz 2. In einem Zwischenschritt streben wir die Aufnahme der Forderung in die Wahlprogramme der Parteien zur nächsten Bundestagswahl an.

Strategie der Kampagne

Mit einer dreijährigen Informations- und Druckkampagne zivilgesellschaftlicher Nichtregierungsorganisationen der Friedensbewegung mit Unterstützung von Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, der Menschenrechtsarbeit und der Kirchen und religiösen Gemeinschaften sowie der Gewerkschaften wollen wir unsere Ziele erreichen.

Mit Informationen, Dialog, zentralen und dezentralen Aktionen und Lobbyarbeit trägt jede Organisation im Rahmen ihrer spezifischen Möglichkeiten und in Kooperation miteinander zum Aktionsziel bei.

Zusammenarbeit in der Kampagne

Die Kampagne setzt sich zusammen aus einem bundesweiten Trägerkreis verschiedener Nichtregierungsorganisationen. Darüber hinaus ist die Unterstützung durch weitere bundesweite, regionale und lokale Initiativen, Vereine und Organisationen ausdrücklich erwünscht. Sie alle sind herzlich eingeladen, Mitglied im Aktionsbündnis zu werden.

Im bundesweiten Kampagnenrat erfolgt durch die stimmberechtigten VertreterInnen des Trägerkreises und beratender VertreterInnen des Aktionsbündnisses die konsensuale zentrale Planung gemeinsamer bundesweiter Aktionen und die Abstimmung dezentraler Aktionen. Mit regionalen Aktions-, Mobilisierungs- und Vernetzungskonferenzen soll die Kampagne auf eine breite Basis gestellt werden. Die Devise lautet: zentrale Koordination so viel wie nötig, regionale Koordination so viel wie nur möglich.

Christine Hoffmann ist Geschäftsführerin von Pax Christi, Paul Russmann ist Geschäftsführer von Ohne Rüstung Leben und Jürgen Grässlin ist Bundessprecher der DFG-VK; diese drei vertreten die Kampagne als SprecherInnen.

Mitmachen bei der Kampagne

Gemeinsam wollen wir gegen den Export von Terror und Gewalt made in Germany vorgehen. Gebt mit uns den Opfern von Rüstungsexporten Stimme, den Tätern Name und Gesicht:

■ Informiert euch auf den Websites *www.aufschreiwaffenhandel.de* und *www.rib-ev.de* über die deutsche Rüstungsexportpolitik. Bei den Trägerorganisationen dieser Kampagne findet ihr weiterführende Informationen zum Thema.

■ Gewinnt Verwandte, Freunde und Nachbarn für unsere gemeinsame „Aktion Aufschrei: Stoppt den Waffenhandel!“, denn je mehr wir sind, desto massiver wird unser Druck auf die Bundesregierung, endlich den Handel mit dem Tod zu stoppen.

■ Abonniert kostenlos den Kampagnen-Newsletter, der über aktuelle Entwicklungen zum Thema Kleinwaffen- und Rüstungsexporte berichtet. Schickt dazu eine eMail an: *info@aufschrei-waffenhandel.de*

■ Informiert auch eure Mitmenschen: Schließt euch mit anderen zusammen und organisiert Informationsveranstaltungen und Podiumsdiskussionen. Ladet ReferentInnen der Aufschrei-Waffenhandel-Kampagne ein. Oder teilt uns eure Veranstaltungen rechtzeitig mit, dann weisen wir auf der Kampagnenhomepage gerne darauf hin. Veranstaltungen und ReferentInnenlisten findet ihr auf *www.aufschrei-waffenhandel.de*

■ Organisiert oder beteiligt euch sich an kreativen gewaltfreien Protestaktionen und Mahnwachen vor Rüstungsfirmen und Regierungsbehörden. Auch solche Aktionen bewerben wir gerne auf der Kampagnen-Homepage.

Die Händler des Todes

Die wichtigsten deutschen Rüstungsfirmen

Von Stephan Möhrle

Deutsche Waffenproduzenten rüsten hemmungslos Staaten in aller Welt mit Waffen und Rüstungsgütern aus, selbst wenn dort Konflikte gewaltsam ausgetragen oder Menschenrechte massiv verletzt werden. Als Händler des Todes profitieren sie von den derzeit mehr als 30 kriegerischen Auseinandersetzungen. Aus Imagegründen haben sich viele rüstungsproduzierende und -exportierende Unternehmen so genannte „Ethic Codes“ gegeben, de facto aber spielen Moral und Ethik beim weltweiten Waffenhandel keine Rolle.

Die Kampagne „Aktion Aufschrei: Stoppt den Waffenhandel!“ organisiert und unterstützt gewaltfreie Aktionen vor rüstungsproduzierenden und -exportierenden Unternehmen. Sie ruft zur Unterstützung rüstungskritischer Aktionärsverbände auf und beteiligt sich in den Hauptversammlungen mit Gegenanträgen und Redebeiträgen und kreativen Aktionsformen.

Hier wird mit Diehl, EADS, Heckler & Koch, Krauss-Maffei Wegmann und Rheinmetall eine erste Auswahl von Unternehmen präsentiert, die besonders im Blickpunkt stehen.

Diehl

Rechtsform: Stiftung & Co. KG.

Unternehmenssitz: Nürnberg

Unternehmenshomepage: www.diehl.de
Wichtige Werke, Zweigstellen oder Beteiligungsgesellschaften: Nürnberg, Heilbronn, Hamburg, Remscheid, Freisen, Röthenbach, Rostock, Hamburg, Frankfurt a.M., Überlingen, Laupheim, Wangen, Nonnweiler-Bierfeld, Nonnweiler-Mariahütte, Bonn, Koblenz, Ansbach, Berlin, Trosdorf, Velbert, Schrobenhausen, Ottobrunn, Hemer, Zehdenick
Bilanzzahlen: Der Jahresumsatz belief sich 2009 auf 2,205 Milliarden Euro.
Beschäftigte: 12.210 (2009)
Kurzkommentar: Die Diehl Stiftung & Co. KG befindet seit der Unternehmensgründung im Jahr 1902 vollständig in Familienbesitz. Heute sind die mehr als 40 selbständigen Unternehmenseinheiten und Joint Ventures nach ihren Aktivitäten in fünf Teilkonzerne aufgeteilt: Defence (31,4 % Umsatzanteil), Metall (24,1 %), Aerosystems (23,4 %), Controls (12,5 %) und Metering (8 %).
Militärische Produkte: Artillerieraketen, Aufklärungs- und Warnsysteme, Infrarot- und Multimode-Suchkörper. Kampfwertsteigerung und Umrüstung von Ketten- und Radfahrzeugen, Lenkflugkörper, Munition, Selbstschutzsysteme, Systeminstandsetzung, Systemketten und Laufwerke einschließlich Triebkränze, Lauf-, Stütz- und Umlenkrollen, Trainingssysteme und Zünder
Militärischer Anteil: 31,4 Prozent
Waffenexporte gemäß Stockholm International Peace Research Institute (Sipri): Platz 63 (2009), Platz 65 (2008)
Umfang der Waffenverkäufe laut Sipri: 1,0 Milliarden Euro (2009), 940 Millionen Euro (2008)

European Aeronautic Defence and Space Company (EADS)
Rechtsform: N.V. (Aktiengesellschaft)
Unternehmenssitz: Schiphol-Rijk (Niederlande)
Unternehmenshomepage: www.eads.com
Wichtige Werke, Zweigstellen oder Beteiligungsgesellschaften: Aschau am Inn, Augsburg, Backnang, Baden-Baden, Berlin, Bonn, Bremen, Buxtehude, Köln, Donauwörth, Dresden, Friedrichshafen, Hamburg, Jena, Kassel, Kiel, Koblenz, Lampoldshausen, Manching, Nordenham, Ottobrunn/Taufkirchen, Rostock, Schrobenhausen, Stade, Trauen, Ulm, Unterschleißheim, Varel, Wilhelmshaven.
Bilanzzahlen: Der Jahresumsatz belief sich 2009 auf 42,8 Milliarden Euro, der Ebit (die operative Ergebnisgröße vor Steuern) betrug im Jahr 2009 322 Millionen Euro.
Beschäftigtenzahl: Die EADS beschäftigt an mehr als 70 Entwicklungs- und Produktionsstandorten in Europa sowie in 35 Außenbüros weltweit etwa 119.000 Mitarbeiter.
Kurzkommentar zur EADS: Die European Aeronautic Defence and Space Company N.V. ist Europas größter Luft- und Raumfahrt- sowie zweitgrößter Rüstungskonzern. Nach Boeing ist die EADS das zweitgrößte Luft- und Raumfahrtunternehmen der Welt. Seit der Gründung am 10. Juli 2000 werden Aktien der EADS an der Börse gehandelt. Der Konzern ging aus einer Fusion der deutschen Dasa, der französischen Aérospatiale-Matra und der spanischen Casa hervor. Die deutsche Daimler AG als größter Einzelanteilseigner sowie ein Zusammenschluss aus der französischen Staatsholdung Sogeade, der Waffenschmiede Lagardère und dem französischen Staat, halten je 22,46 % der Stimmrechte. Weiterer Großaktionär ist mit 5,47 % die spanische Staatsholdung Sepi.
Militärische Produkte: UH-72 Lakota, A400M, Eurofighter, Tornado, Eurocopter NH90, Luft-Boden-Marschflugkörper Taurus KEPD 350, Boden-Boden-Panzerabwehrlenkwaffe Milan, Mittelstrecken-Raketenabwehrsystem Meads, Flugabwehrraketensystem Patriot, Lenkflugkörper Neue Generation (LFK NG), Panzerabwehrrakete Trigat-LR (Pars 3 LR), Nahverteidigungssystem RIM-116 RAM für Schiffe u.v.a.m.
Militärischer Anteil: 27 %
Waffenexporte gemäß Sipri-Ranking: Platz 7 (2009), Platz 7 (2008)
Umfang der Waffenverkäufe laut Sipri: 15,9 Milliarden Euro (2009), 17,90 Milliarden Euro (2008). Auf der Bilanzpressekonferenz im März 2011 präsentierten Konzernchef Louis Gallois und Finanzchef Hans Peter Ring die Bilanzzahlen für 2010. Die Airbus Division verbesserte den Ebit nach einem Verlust von 1,371 Milliarden Euro (2009) auf einen Gewinn von 305 Millionen Euro (2010). Während das Zivilgeschäft bei Airbus Commercial einen Rückgang um 95 Mio. Euro verbuchen musste, trug das Waffengeschäft bei Airbus Military entscheidend zur Verbesserung der Finanzsituation bei. Die Militärsparte verzeichnete 2009 noch einen Verlust beim Ebit von 1,754 Milliarden Euro, dieser lag 2010 mit 21 Millionen Euro wieder im Plus.
Anmerkung: Die neuen Bilanzzahlen für 2010 werden bei der Hauptversammlung am 26. Mai 2011 bekannt gegeben. Diese findet, wie jedes Jahr, in Amsterdam statt.

Heckler und Koch
Rechtsform: GmbH
Unternehmenssitz: Oberndorf am Neckar
Unternehmenshomepage: www.heckler-koch.de
Bilanzzahlen: Der Umsatz stieg 2010 gegenüber dem Vorjahr um knapp sechs Prozent auf 247,2 Millionen Euro. Der Gewinn wurde von 17 Millionen Euro (2009) auf 30,4 Millionen Euro (2010) gesteigert (Financial Times Deutschland vom 05.04.2011).
Wichtige Werke, Zweigstellen oder Beteiligungsgesellschaften: Stammsitz in Oberndorf, zudem Nottingham (GB), Paris und Ashburn (USA)
Militärische Produkte: Gewehre: HK G3, HK 32, HK 33, HK G36, HK 41/HK 91, HK G41, HK 43/HK 93, HK 53, HK XM8, HK416, HK417, HK XM29, M27 IAR; Maschinengewehre: HK LMG36, HK MG4, HK 11, HK 13, HK 21, HK 23, HK 121; Pistolen: HK 4, HK VP70, HK P9S, HK SP89, HK P7, HK USP, HK P8, HK P10, HK P12, HK MK23, HK P11, HK P2000, HK P30, HK UCP; Maschinenpistolen: HK 53, HK MP5, HK MP7, HK UMP; Scharfschützengewehre: HK PSG1, HK MSG90, HK G3 SG1, HK 33 SG1, HKSL9SD; Sonderwaffen: HK69, HK GMW, HK P2A1, AG36
Kurzkommentar: Die Heckler & Koch GmbH (H&K) ist ein als GmbH organisiertes deutsches Unternehmen der Rüstungsindustrie mit Sitz im Oberndorfer Stadtteil Lindenhof in Baden-Württemberg. Die Firma wurde in der Nachkriegszeit von ehemaligen Mitarbeitern der Mauserwerke gegründet und ist international bekannt für die Produktion von Handfeuerwaffen. In der Gegenwart ist Heckler & Koch der bedeutendste Hersteller von Infanterie-Waffen in Deutschland und gehört bezüglich Umsatz weltweit zu den fünf größten Produzenten von Gewehren und Pistolen. Nach eigenen Angaben ist H&K Europas führender Hersteller von Gewehren und Pistolen.
Gemessen an den Opferzahlen von mehr als 1,5 Millionen Toten ist Heckler & Koch laut Aussage des Rüstungskritikers Jürgen Grässlin „Europas tödlichstes Unternehmen“. Grässlin hat über seinen Rechtsanwalt Holger Rothbauer Strafanzeige gegen H&K gestellt wegen des Verdachts illegaler Gewehrlieferungen nach Mexiko. Die Staatsanwaltschaft hat eine Hausdurchsuchung vorgenommen und ermittelt (siehe www.juergengraesslin.com > H&K).
Militärischer Anteil: 100 %

Krauss-Maffei Wegmann (KMW)
Rechtsform: GmbH & Co. KG
Unternehmenssitz: München
Unternehmenshomepage: www.km-weg.de
Wichtige Werke, Zweigstellen oder Beteiligungsgesellschaften: AT-Computer-Systeme GmbH, Konstanz; KMWS, Hamburg; Artec GmbH, München; PSM, Kassel; HIL Industrie-Holding GmbH, Bonn
Bilanzzahlen: Der Umsatz für 2008 betrug 614 Millionen Euro.
Beschäftigtenzahl: 3150 (Sipri für 2009), 2122 (Wikipedia für 2008)
Kurzkommentar zu KMW: Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co KG ist ein deutsches Rüstungsunternehmen, das vorrangig militärische Rad- und Kettenfahrzeuge und Pioniergerät entwickelt, produziert und vertreibt und in diesem Produktbereich Marktführer in Europa ist. Ferner betreut das Konsortium als Wartungspartner und Ersatzteilproduzent alle anderen gepanzerten Waffensysteme des deutschen Heeres wie den Flugabwehrkanonenpanzer Gepard, Bergepanzer Büffel oder auch den Minenwerfer Skorpion.
Produkte militärisch: Leopard 1 und 2 (Kampfpanzer), Flugabwehrkanonenpanzer Gepard (Flugabwehrpanzer), Puma (Schützenpanzer), Fennek (Spähwagen), Boxer (gepanzertes Transportfahrzeug), Dingo (Allschutz-Transport-Fahrzeug), Mungo (leichtes Luftlandefahrzeug), Panzerhaubitze 2000 (Artilleriegeschütz), Donar (Artillerie) (Artilleriegeschütz) und Mars (Mehrfachraketenwerfer-Artilleriesystem)
Militärischer Anteil: 95 % (Quelle: Sipri)
Waffenexporte gemäß Sipri-Ranking: Platz 50 (2009), Platz 43 (2008)
Umfang der Waffenverkäufe laut Sipri: 1,63 Milliarden Euro (2009), 1,95 Milliarden Euro (2008)

Rheinmetall
Rechtsform: Aktiengesellschaft (AG)
Unternehmenssitz: Düsseldorf
Unternehmenshomepage: www.rheinmetall.de
Bilanzzahlen: Das Geschäftsjahr 2009 (2008) brachte einen Gesamtumsatz von 3,420 (3,869) Milliarden Euro. Im Jahr 2009 wurde ein Verlust von 52 Millionen Euro verzeichnet.
Beschäftigte: 19.766 (2009) und 21.020 (2008)
Wichtige Werke, Zweigstellen oder Beteiligungsgesellschaften: Oberndorf (ehemals Mauser), Aschau am Inn, Berlin, Bonn, Bremen, Düsseldorf, Gera, Gersthofen, Hamburg, Heilbronn, Ismaning, Kassel, Kiel, Koblenz, Krefeld, München, Neuenburg (ehemals Buck), Nürnberg, Rheinbach, Röthenbach, Rostock, Fronau, Silberhütte/Harz, Stockach, Trittau, Unterlüß
Kurzkommentar: Die Rheinmetall AG mit Sitz in Düsseldorf ist ein Automobilzulieferer und Rüstungskonzern. Rheinmetall ist das achtgrößte europäische Rüstungsunternehmen gemessen am Umsatz. Das Unternehmen ist im Börsensegment M-Dax gelistet.
Militärische Produkte: Tokeh (Taktisches Luftlandefahrzeug), Serval Fahrzeug für Spezialkräfte, Gavial Geschütztes Verbindungsfahrzeug für Luftlandekräfte, Caracal Geschütztes Fahrzeug, Yak (Duro 3) Geschütztes Mehrzweckfahrzeug, Condor 1 und 2, Luftlandepanzer Wiesel 1 und 2, Bv206 Sonderwagen 4 / TM170, Fuchs 1 und 2, GTK Boxer, Gefas Wisent, Schützenpanzer Marder 1A3/1A5, Puma (in Kooperation mit KMW), Leopard 1 und 2, Bergepanzer 2, Bergepanzer 3 Büffel, Pionierpanzer 3 Kodiak, Pionierpanzer 2 Dachs, Brückenlegepanzer Biber, Minenräumpanzer Keiler, MMSR, 155 mm Geschütz der Feldhaubitze FH155-1, Panzerhaubitze 2000, Panzerhaubitze M 109 (L52 Geschütz), 120-mm-Glattrohrkanone des Leopard 2, Sondergerät SG 113, Maschinenkanone Rh 503, Maschinengewehr MG3, Nächstbereichschutzsystem Mantis
Waffenexporte gemäß Sipri-Ranking: Platz 32 (2009), Platz 29 (2008)
Umfang der Waffenverkäufe laut Sipri: 2,64 Milliarden Euro (2009), 2,66 Milliarden Euro (2008)
Die ordentliche Jahreshauptversammlung der Rheinmetall AG findet am 10. Mai 2011 im Maritim-Hotel Berlin statt.

Stephan Möhrle ist Vorstandsmitglied des Landesverbands Baden-Württemberg der DFG-VK und des RüstungsInformationsBüros (RIB e.V). Er ist Mitarbeiter der Kampagne „Aktion Aufschrei: Stoppt den Waffenhandel!“

Keine Jubelstürme bei der Friedensbewegung

Zum Tod des angeblichen Al-Kaida-Führers Osama bin Laden erklärt der Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag Peter Strutynski in einer ersten Stellungnahme:

Wir können in die Triumphgesänge von US-Präsident Obama, Kanzlerin Merkel und Nato-Generalsekretär Rasmussen nicht einstimmen. Alle drei feiern heute den Tod Osama bin Ladens als „Erfolg für alle Menschen“ (US-Botschafter Murphy), als „Erfolg für die Sicherheit der Nato-Alliierten“ in Afghanistan (Rasmussen) und als „Erfolg für die Kräfte des Friedens“ (Angela Merkel). Wenn die Tötung eines Menschen, wie groß auch seine Verbrechen sein mögen, von westlichen PolitikeInnen mit „Erleichterung“ aufgenommen und gefeiert wird, begeben sie sich auf das Niveau derjenigen Terroristen, denen ein Menschenleben nichts wert ist.
Aus vier Gründen wollen wir dem Jubel ausdrücklich widersprechen:
1. Wegen des Attentats vom 11. September 2001, dessen Urheberschaft Osama bin Laden zugeschrieben wird, wurde ein nun schon fast zehn Jahre dauernder Krieg in Afghanistan angezettelt. Diesem Krieg ist ein Vielfaches von Menschen zum Opfer gefallen, als damals beim Anschlag auf das World Trade Center ums Leben kamen. Der von US-Präsident Bush angeordnete Rachefeldzug ist in seiner Wirkung monströser ausgefallen als das Terrorattentat.
2. Von mehr „Sicherheit“, wie Merkel fabuliert, kann doch keine Rede sein – weder in Afghanistan noch in Pakistan. Und auch in anderen Ländern haben sich Terrororganisationen während des 10-jährigen „Krieges gegen den Terror“ weiter verbreitet und zahlreiche Regionen destabilisiert. Ein Ende dieser Entwicklung ist mit der Ausschaltung einer terroristischen Führungsperson nicht zu erwarten.
3. Der Tod eines Top-Terroristen ist nie eine gute Lösung. Gerade wenn man an Aufklärung über terroristische Netzwerke und Aktivitäten interessiert ist, wäre ein lebender bin Laden wertvoller als ein toter.
4. 2001 bestand das wesentliche Ziel des Afghanistan-Krieges in der Gefangennahme bin Ladens (siehe dazu auch die UN-Resolution 1273 vom 28. September 2001). Nun, nach seinem Tod, ist ein Hauptgrund für den Krieg entfallen. Zeit also, ihn sofort zu beenden! Leider ist davon in keiner Regierungs-Stellungnahme die Rede.
Der „Friedensratschlag“ betont zum wiederholten Mal: Terrorismus ist mit Krieg nicht zu bekämpfen. Terrorismus ist eine besondere Form von Schwerkriminalität, die mit rechtsstaatlichen Mitteln zu beantworten ist.

Pressemitteilung des Bundesausschusses Friedensratschlag vom 2. Mai 2011

Angela Merkel in einer Pressekonferenz am 2. Mai

- Die Würde des Menschen ist unantastbar. *(Art. 1 Abs. 1 Grundgesetz)*
- Jeder hat das Recht auf Leben (...). *(Art. 2 Abs. 2 Grundgesetz)*
- Die Todesstrafe ist abgeschafft. *(Art. 102 Grundgesetz)*

MARTIN KAUL ÜBER DAS DILEMMA DER FRIEDENSBEWEGUNG

Opportunistische Ostermärsche

Den Opportunismus hätte sich die Friedensbewegung sparen sollen. Die Kriege in Afghanistan, im Irak, vor allem aber die Militärintervention in Libyen gäben den Pazifisten genügend Stoff für wochenlange Proteste. Stattdessen setzten die Trittbrettfahrer am Osterwochenende voll auf das Thema Atom. Das schadet ihnen mehr, als es nützt.

Natürlich liegt es nach Fukushima nahe, die alten Gesinnungsgenossen im Antiatomkraftspektrum zu unterstützen. Und sicher ist es wichtig, eben an der Urananreicherungsanlage in Gronau zu protestieren, um den Zusammenhang von militärischer und ziviler Nutzung der Kernkraft zu betonen. Hinter der großen Gemeinsamkeit des Wochenendes verbirgt sich aber noch ein anderes Anliegen: Weil sie kaum noch neuen Zulauf finden, hofften die Friedensbewegten mit Anti-AKW-Parolen darauf, ein paar Demonstranten abzukriegen. Doch wer gegen Atomkraft demonstrieren wollte, ging am Montag zum Original. Denn die Menschen erkennen, dass die Friedensbewegung ihren antiatomaren Kampf noch mit der Rhetorik des Kalten Kriegs führt.

In Zeiten der „humanitären Intervention" muss die Friedensbewegung aber erklären können, weshalb ihr alter Klassenfeind, FDP-Außenminister Guido Westerwelle, recht hatte, als er sich an dem UN-Militäreinsatz in Libyen nicht beteiligen wollte. Es ist zu würdigen, dass die schwarz-gelbe Regierung heute die rationale Außenpolitik der militärischen Enthaltung verteidigt, die sie bei Gerhard Schröder noch bekämpft hat. Während die Nato Deutschlands unangepasste Haltung kritisiert, kuschelt die Friedensbewegung lieber mit Gleichgesinnten. Das kann jeder. Mutig wäre es, sich zu Westerwelle und der von ihm vertretenen Politik zu bekennen.

Schwerpunkt SEITE 5

Foto: Renate Seibold

Falsch, denkfaul und naiv

Zum taz-Kommentar „Opportunistische Ostermärsche“

Von Andreas Zumach

Warum hat die Friedensbewegung an Zulauf verloren und ist die Teilnahme an den Ostermärschen seit Ende des Kalten Krieges zurückgegangen? Und dies trotz der Kriege in Afghanistan, Irak, Libyen etc.? Diese Frage wäre einer klugen Analyse und Kommentierung in der taz wert. Doch was Martin Kaul in seinem Kommentar schreibt, offenbart lediglich billiges Ressentiment gegen die Friedensbewegung, verdreht die aktuellen Fakten, ist historisch falsch, denkfaul und naiv:

■ Die Themen der diesjährigen Ostermärsche waren durchaus Afghanistan, Libyen (auch Rüstungsexporte) und wie immer in den letzten Jahren auch die Atomwaffen.

Beleg: Aufrufe der Bewegung, Berichterstattung in Agenturen, Fernsehen und anderen Medien vom 22. bis 25. April.

■ Die Behauptung von Friedensbewegung und Anti-AKW-Bewegung als angeblich separaten sozialen Bewegungen ist historisch falsch und auch aktuell unzutreffend. Seit den 50er Jahren haben viele Mitglieder der Friedensbewegung immer schon die „zivile“ Nutzung der Atomkraft kritisiert – wegen der Gefahr der militärischen Nutzung, aber auch der anderen Risiken – und sich dann in der ab Mitte der 70er Jahren entstandenen Anti-AKW-Bewegung engagiert. Und umgekehrt. Die personellen Überschneidungen zwischen den AktivistInnen und SympathisantInnen beider Bewegungen waren Mitte der 70er und in den 80er Jahren erheblich und existieren bis heute. Ein Indiz hierfür ist, dass die deutsche Sektion der „Internationalen Ärztevereinigung gegen den Atomkrieg“ (IPPNW) – eine der wichtigsten Organisationen in der heutigen Friedensbewegung – schon seit vielen Jahren auch gegen die „zivile“ Nutzung der Atomkraft auftritt – im Unterschied zu den IPPNW-Sektionen in den USA und anderen Ländern.

Doch lange Jahre hat die Öffentlichkeit der Zusammmenhang zwischen ziviler und militärischer Nutzung der Atomkraft leider nicht interessiert. Dass das in diesem Jahr endlich anders war, lag nicht am „Trittbrettfahrertum“ oder „Opportunimus“ der Friedensbewegung, sondern an der Katastrophe von Fukushima, „dank“ derer auch der 25. Jahrestag von Tschernobyl am Osterdienstag weit größere Aufmerksamkeit erfuhr, als das ansonsten der Fall gewesen wäre.

■ Was bitte ist die „Rhetorik des Kalten Krieges“, mit der „die Friedensbewegung immer noch ihren antiatomaren Kampf führt“? Die Tatsache, dass sie weiterhin für die weltweite Abschaffung aller Atomwaffen eintritt, obwohl das atomare Abschreckungspatt des Kalten Krieges nicht mehr existiert? Ist diese Forderung „in Zeiten der humanitären Intervention“ (Kaul) nicht mehr opportun?

■ Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland hatte noch nie einen „Klassenfeind“. Weder Westerwelle noch sonst jemanden. Sie war immer und ist bis heute unverändert eine klassen- und schichtenübergreifende Bewegung. Viele sehen darin den Grund für ihre zumindest zwischenzeitlichen Erfolge, andere die Ursache für ihr historisches Scheitern gemessen am Gründungskonsens „Nie wieder Krieg“ der alten Bundesrepublik.

■ „Rationale Außenpolitik der militärischen Enthaltung“ der Regierung Schröder? Nur weil diese Regierung sich rhetorisch gegen Bushs Irakkrieg gewandt hat – bei gleichzeitig vollständiger und vom Bundesverwaltungsgericht als „völkerrechtswidrig“ verurteilter Erfüllung sämtlicher Unterstützungsforderungen Washingtons für diesen Krieg? Hat Kaul die Beteiligung der rot-grünen Regierung am völkerrechtswidrigen Luftkrieg gegen Serbien/Jugoslawien und am Krieg in Afghanistan einfach vergessen?

■ Kaul verkennt die Rolle und Funktion unabhängiger sozialer Bewegungen. Er kritisiert die Friedensbewegung als „opportunistisch“, fordert sie zugleich aber auf, sich opportunistisch zu verhalten. Wieso „muss die Friedensbewegung erklären können“, weshalb Westerwelle mit seinen Bedenken gegen eine militärische Intervention „Recht hatte“? Wieso sollte sie sich „mutig zu Westerwelle und seiner Politik bekennen“?

Die Friedensbewegung hatte die Bedenken gegen eine militärische Intervention schon vor und völlig unabhängig von Westerwelle. Und unabhängig von innenpolitischen Kalkülen mit Blick auf die Landtagswahlen am 27. März, die bei Westerwelles und Merkels Entscheidung für eine Enthaltung Deutschlands am 18. März bei der Abstimmung im Uno-Sicherheitsrat über eine Flugverbotszone ganz offensichtlich eine Rolle gespielt haben. Und die Friedensbewegung wird diese Bedenken auch aufrecht erhalten, wenn Westerwelle seine Haltung ändern sollte.

Andreas Zumach ist DFG-VK-Mitglied und Uno-Korrespondent der taz in Genf.

„Armee und Volk waren niemals eins“

Drei Jahre Gefängnis für ersten ägyptischen Kriegsdienstverweigerer

Von Gernot Lennert

Der ägyptische Blogger, Pazifist und Kriegsdienstverweigerer Maikel Nabil Sanad, der sich für eine säkulare Demokratie engagiert, war schon zweimal in der Gewalt des Militärs gewesen. Im Oktober 2010 war er der Einberufung zum Militärdienst nicht gefolgt, stattdessen erklärte er seine Kriegsdienstverweigerung. Im November wurde er verhaftet, zum Militär gebracht, dort für untauglich erklärt und nach zwei Tagen wieder freigelassen und anschließend offiziell aus dem Militär entlassen. Im Februar wurde er zwei Tage lang gefangen gehalten, geschlagen und misshandelt. Ein Geheimdienstoffizier erklärte ihm, dass sie in drei Stufen vorgingen: Bei der ersten Festnahme im November hätten sie ihn gut behandelt. Jetzt habe er die zweite Stufe erlebt. Im April wurde er nun wegen seiner Kritik am Militär zu einer dreijährigen Gefängnisstrafe verurteilt. *(siehe auch* **Zivilcourage** *Nr. 1/2011)*

Maikel Nabil Sanad hatte schon nach dem Abgang Mubaraks kritisiert, dass in Ägypten das Militär die Macht behalten hatte. Er stellte fest, dass es der Revolution zwar gelungen war, den Diktator loszuwerden, aber nicht die Diktatur. In seinem Internet-Blog widersprach er energisch der verbreiteten These, das Militär habe sich auf die Seite des revolutionären Volkes gestellt. Er berichtete über die fortwährenden Menschenrechtsverletzungen und politischen Einflussnahmen des ägyptischen Militärs. In seinem am 8. März veröffentlichten Beitrag „Die Armee und das Volk waren niemals eins“ *(www.maikel-nabil.com/2011/03/army-and-people-wasnt-ever-one-hand.html; auf deutsch: http://wri-irg.org/de/node/12815)* führte er detailliert aus, wie das Militär sowohl während der Massendemonstrationen, die zum Sturz Mubaraks führten, als auch danach in zahlreichen dokumentierten Fällen willkürlich Verhaftungen vornahm, folterte und Inhaftierte verschwinden ließ.

Am 4. Februar war Maikel selbst vom Militär festgenommen worden. Er berichtete, dass das Militär die Polizei, als sie auf Demonstrierende auf dem Tahrir-Platz schoss, mit Munition versorgte. Er machte zudem deutlich, dass die ägyptische Presse offensichtlich auf Druck des Militärs Nachrichten noch nachträglich veränderte.

Auch andere Medien verschwiegen nicht länger die Gewaltaktionen des Militärs. Nach dem Abtritt Mubaraks und nach dem Rückgang der Massendemonstrationen gingen Polizei und Militär gemeinsam gegen Demonstrierende vor, um den Tahrir-Platz zu räumen. Mehr als 190 Personen wurden vom Militär festgenommen und teilweise gefoltert. In einem Militärgefängnis wurden weibliche Gefangene auf ihre „Jungfräulichkeit“ untersucht und bei den Erniedrigungen gefilmt. Wer nicht als jungfräulich eingestuft wurde, wurde mit einer Anzeige wegen Prostitution bedroht.

Foto: Rudi Friedrich

Protestaktion vor dem ägyptischen Generalkonsulat in Frankfurt am Main am 8. April

Die „dritte Stufe“

Auch zur vom Geheimdienst angedrohten dritten Stufe der Repression gegen Maikel Nabil Sanad ist es inzwischen gekommen. Am 28. März wurde er von der Militärpolizei verhaftet und in ein Militärgefängnis gebracht. Ihm wurde vorgeworfen, dass er mit seiner Aufklärungsarbeit die öffentliche Sicherheit gefährdet und das Militär beleidigt habe. Zunächst sollte er für 15 Tage inhaftiert bleiben, in denen ein Prozess gegen ihn stattfinden sollte.

Prozessbeobachtung und Solidaritätskampagne

Die War Resisters' International (WRI), das internationale antimilitaristische und pazifistische Netzwerk, dem auch die DFG-VK angehört, hatte Maikel Nabil Sanad schon in den Monaten zuvor gegen die Repression des ägyptischen Staates unterstützt. Andreas Speck vom Büro der WRI in London flog als Prozessbeobachter nach Kairo.

Auch die DFG-VK beteiligte sich an den Protesten gegen die Verhaftung von Maikel. Der hessische DFG-VK-Landesverband und Connection e.V. forderten am 8. April in einer Kundgebung vor dem ägyptischen Generalkonsulat in Frankfurt am Main die Freilassung von Maikel Nabil Sanad.

Kein fairer Prozess

Der Prozess zog sich fast zwei Wochen hin, wobei immer wieder neue Termine für die Urteilsverkündung genannt wurden. Normalerweise dauern in Ägypten Militärgerichtsprozesse nur Minuten. Es war allerdings kein auch nur annähernd rechtsstaatliches, faires Verfahren. Die Gerichtsverhandlung fand un- ter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Nicht nur dem WRI-Prozessbeobachter, sondern auch anderen, die mit Maikel befreundet sind oder ihn politisch unterstützen, wurde die Teilnahme verweigert.

Besonders skandalös ist, dass Maikel als Zivilist in einem Schnellverfahren vor ein

Militärgericht gestellt wurde. Die Aburteilung von Zivilpersonen durch Militärgerichte ist ein klares Indiz für das Fehlen von Rechtsstaatlichkeit. Das Menschenrecht auf ein faires Verfahren ist eindeutig verletzt. Das Militär ist in diesem Fall Richter in eigener Sache und gegen einen Kriegsdienstverweigerer und Pazifisten ohnehin voreingenommen. Angesichts des „kurzen Prozesses" bleibt auch kaum Zeit, die Verteidigung vorzubereiten.

„Unerhört waren jedoch die Umstände der Verurteilung selbst", wie Prozessbeobachter Andreas Speck berichtete (in der Mai-Ausgabe der „Graswurzelrevolution"): „Seiner Familie und den AnwältInnen wurde am 10. April mitgeteilt, dass die Urteilsverkündung auf den 12. April vertagt wäre. Nachdem sie den Gerichtssaal verlassen hatten, wurde Maikel dann aber – in Abwesenheit seiner Familie und seiner AnwältInnen – zu drei Jahren Haft verurteilt. Nur über den Anruf einer anderen Person, die ihren ebenfalls inhaftierten Bruder im Gefängnis besuchte, erfuhr Maikels Familie von der Verurteilung. Doch selbst dann noch wurden sie weiter belogen. Ihnen wurde am nächsten Tag gesagt, dass Maikel ins Gefängnis von Toura gebracht worden sei. Ein ihn bewachender Soldat erlaubte ihm jedoch – heimlich – über sein Handy seinen Bruder anzurufen und ihm mitzuteilen, dass er sich im Gefängnis von El-Marg befindet."

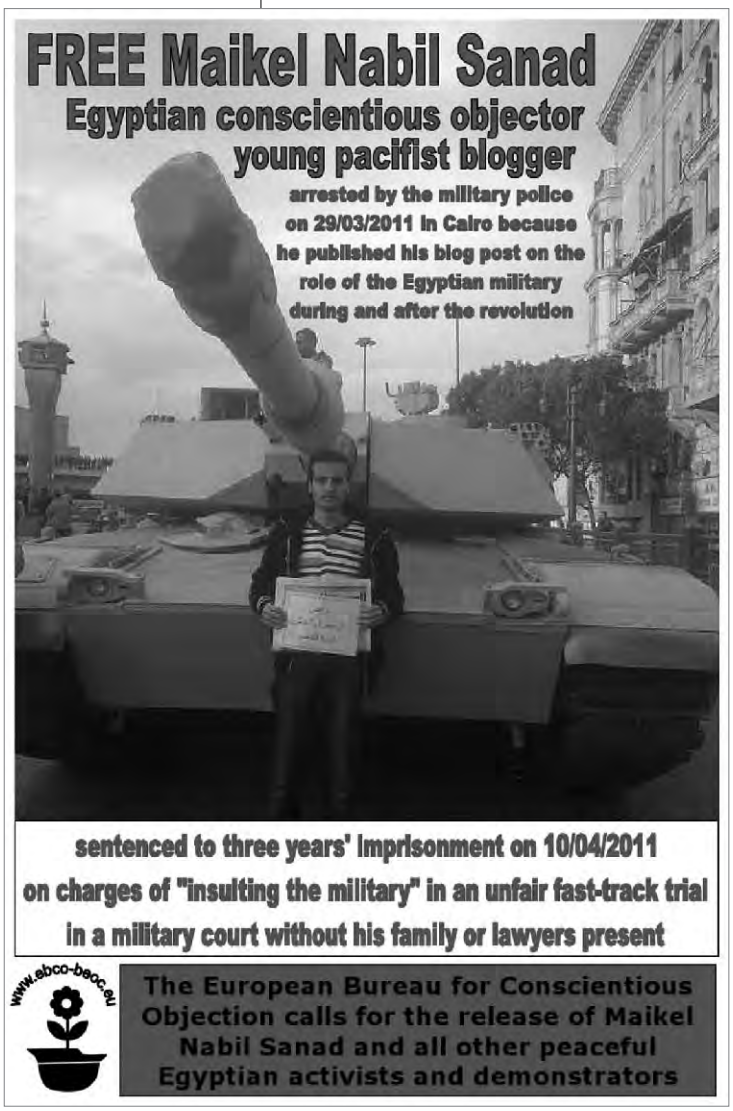
In einer Nachricht, die Maikel aus dem Gefängnis schmuggeln konnte, teilte er mit, dass er festgenommen wurde, um ihn zum Schweigen zu bringen. In einem herausgeschmuggelten Artikel zeigte er sich um seine Sicherheit besorgt und warnte davor, den Behauptungen der Armee über Selbstmordversuche zu glauben.

Kritik an Militärherrschaft bestätigt

Das Vorgehen gegen Maikel Nabil Sanad zeigt, dass das ägyptische Militär brutal und willkürlich gegen Kritiker vorgeht. Indem das Militär ihn zu drei Jahren Gefängnis verurteilt hat, bestätigt es ungewollt, dass dessen Kritik an der Militärherrschaft voll zutrifft. Seine Verurteilung ist gleichzeitig eine deutliche Botschaft, dass in Ägypten das Militär herrscht und keine Kritik zulässt.

Parallel zum Prozess eskalierte auch wieder die Gewalt gegen die Demokratiebewegung. Der WRI-Prozessbeobachter berichtete: „In der Nacht vom 8. auf den 9. April stürmte das Militär erneut den Tahrir-Platz. Mindestens zwei Menschen wurden dabei erschossen, zahlreiche verletzt. Am nächsten Tag wurde der symbolträchtige Platz erneut besetzt, doch am 12. April wiederum geräumt. Und wieder waren es Schlägertrupps, die das Militär dabei unterstützten und Menschen an das Militär auslieferten. In den Straßen in der Nähe des Tahrir-Platzes wurden in den folgenden Stunden oft wahllos Menschen festgenommen."

Zwei Tage nach der Verhaftung von Maikel Nabil Sanad trat die neue Übergangsverfassung Ägyptens in Kraft. Sie verspricht Meinungs- und Pressefreiheit. Sowohl die mörderische Gewalt gegen die Demokratiebewegung als auch die Verurteilung von Maikel Nabil Sanad zeigen, dass diese Verfassung nicht das Papier wert ist, auf dem sie geschrieben ist.



Tradition der Militärherrschaft

Ägypten wird seit dem Militärputsch von 1952 vom Militär beherrscht. Alle Präsidenten gingen seitdem aus dem Militär hervor. Das Militär und einzelne Generäle im Ruhestand beherrschen einen beträchtlichen Teil der Wirtschaft.

Auch in den Jahrhunderten zuvor war in Ägypten das Militär die herrschende Schicht. Die 1952 gestürzte Dynastie war von dem osmanischen Offizier albanischer Herkunft Mehmet Ali gegründet worden. Zuvor beherrschten Mameluken, eine auf Militärsklaverei beruhende Elitetruppe, das Land – von 1250 bis 1517 stellten sie die Sultane, unter der anschließenden osmanischen Herrschaft blieben sie bis ins 19. Jahrhundert hinein einflussreich.

Das Schicksal von Maikel Nabil Sanad ist ein Indikator dafür, ob es gelingt, in Ägypten die jahrhundertelange Tradition der Militärherrschaft aufzubrechen, oder ob lediglich die wegen ihrer Raffgier unpopulär gewordene Familie Mubarak entfernt wurde, während die politische und ökonomische Herrschaft des Militärs mit einem anderen und diesmal zivilen Präsidenten und einigen kosmetischen Korrekturen als demokratische Fassade fortbestehen wird.

Internationale Kampagne nötig

Es ist nun Aufgabe der weltweiten Bewegungen für Menschenrechte, für Demokratie und für Frieden, sich für die Freilassung von Maikel Nabil Sanad einzusetzen.

Gernot Lennert ist Landesgeschäftsführer der DFG-VK Hessen.

Weitere Informationen zu Maikel Nabil Sanad im Internet: www.maikelnabil.com, www.dfg-vk-hessen.de, www.connection-ev.de, www.wri-irg.org.
Eine Protest-E-Mail kann bis 31. Mai verschickt werden über: http://wri-irg.org/node/12728

„Uneingeschränkte Solidarität mit US-Krieg“?

US-Deserteur André Shepherd klagt gegen die Ablehnung seines Asyl-Antrags

Von Rudi Friedrich

Am 31. März lehnte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge den Asylantrag des US-Deserteurs André Shepherd ab. Für diese Entscheidung hatte sich das Bundesamt fast zweieinhalb Jahre Zeit gelassen. In der 25-seitigen Begründung der Ablehnung wird angeführt, dass André Shepherd nicht nachweisen könne, dass er sich bei einem erneuten Einsatz als Mechaniker für die Apache-Hubschrauber an völkerrechtswidrigen Aktionen oder einem völkerrechtswidrigen Krieg beteiligt hätte. Wenige Tage später reichte er Klage gegen den ablehnenden Bescheid ein. Nun wird das Verfahren weiter vor den Gerichten ausgetragen.

„Ich musste raus aus dem Militär“

Der jetzt 33-jährige André Shepherd ging 2004 zur US-Armee und war nach seiner Ausbildung sechs Monate als Mechaniker für den Apache-Hubschrauber im Irak eingesetzt. Nachdem er zurück zu seiner Einheit nach Katterbach (Bayern) kam, setzte er sich intensiv damit auseinander, wie das US-Militär im Irak gegen die Zivilbevölkerung vorgeht. „Schließlich wusste ich“, so Shepherd, „wenn ich noch einmal in den Irak gehe, werde ich für den Tod und das Elend Anderer verantwortlich sein. Für mich war daher der Weg eindeutig: Ich musste raus aus dem Militär.“ Er desertierte im April 2007 und tauchte unter.

Da André Shepherd in den USA Strafverfolgung und lange Haft wegen Desertion droht, beantragte er am 26. November 2008 Asyl in Deutschland und berief sich dabei auf die Qualifikationsrichtlinie der Europäischen Union, die seit Oktober 2006 in Kraft ist. Nach ihr sollen jene Asyl erhalten, die sich einem völkerrechtswidrigen Krieg oder völkerrechtswidrigen Handlungen entziehen und mit Verfolgung rechnen müssen.

Sein Fall ist äußert gut dokumentiert. André Shepherd konnte nicht nur darlegen, dass ihm die Möglichkeit der Kriegsdienstverweigerung in der US-Armee verwehrt ist, da er nicht grundsätzlich jeden Krieg ablehnt. Er stellte auch ausführlich dar, wie er immer wieder versuchte, sich einem erneuten Einsatz im Irak zu entziehen, bis er praktisch den Marschbefehl in den Irak in den Händen hielt. Das Bundesverwaltungsgericht hatte im Juni

Foto: Renate Seibold

André Shepherd bein Ostermarsch in Stuttgart

2005 in einem Urteil zu Major Pfaff deutlich gemacht, dass es „gravierende rechtliche Bedenken im Hinblick auf das Gewaltverbot der UN-Charta und das sonstige geltende Völkerrecht“ beim Einsatz im Irak hat. Und ein im April 2010 in Wikileaks veröffentlichtes Video zeigte, wie Apache-Hubschrauber eine Gruppe von Zivilisten angreift und diese ermordet ñ ein klarer Verstoß gegen das Völkerrecht. Die Einsätze der Apache-Hubschrauber, die André Shepherd gewartet hat, unterliegen der Geheimhaltung, wie er auch gegenüber dem Bundesamt betonte. Er hatte von den Piloten nie erfahren, was sie tatsächlich gemacht hatten.

Zur Entscheidung des Bundesamtes

All das hielt das Bundesamt nicht für stichhaltig genug und kam zu dem Schluss: „Ob die von ihm betreuten Hubschrauber und ihre Besatzungen aber tatsächlich an konkreten (völker-)rechtswidrigen Handlungen beteiligt waren, ist weder ausreichend dargestellt worden, noch sonstwie konkret feststellbar. Den Angaben des Antragstellers zufolge war es ihm selbst auch während seines ersten Irak-Einsatzes nicht möglich, Einzelheiten zu den Einsätzen der von ihm bzw. seiner Einheit gewarteten Hubschrauber in Erfahrung zu bringen. Entsprechend stellen sich die Erwägungen des Antragstellers zur möglichen Beteiligung ‚seinerë Hubschrauber an etwaigen Rechtsverstößen und Kriegsverbrechen allenfalls als Vermutungen oder hypothetische Möglichkeit dar.“

In einer Pressekonferenz wenige Tage nach der Entscheidung des Bundesamtes stellte Bernd Mesovic von Pro Asyl dar, warum das Bundesamt hier unzulässige Kriterien anwendet: „Hiermit wird dem Antragsteller praktisch aufgebürdet, konkrete Beweise vorzulegen. Das ist absolut inakzeptabel für ein Asylverfahren, in dem es gerade darauf nicht ankommt. Das Bundesverwaltungsgericht hat deutlich darauf verwiesen, dass die Glaubhaftmachung völlig ausreichen muss. Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte ist die Frage, wie heute Deserteure geschützt werden, die an völkerrechtswidrigen Handlungen nicht mitwirken wollen, von eminenter Bedeutung.“

Das Bundesamt für Migration ist eine weisungsgebundene Behörde. Das bedeutet in der Tat, dass die Entscheidung über einzelne Fälle aufgrund von Richtlinien getroffen wird, die das Innenministerium vorgibt. Bei einem politisch derart wichtigen Fall wie dem von André Shepherd ist deshalb davon auszugehen, dass die Entscheidung im Innenministerium selbst gefallen ist. Und ganz offensichtlich lag dort die Intention zugrunde, nicht nur jeden Konflikt mit den USA zu vermeiden, sondern die Kriegführung im Irak auch zu legitimieren. Im Bescheid heißt es dazu: „Eine konkrete Gefahr, an Straftaten teilnehmen zu müssen, hätte für den Antragsteller bei Fortsetzung seines Dienstes auch deshalb nicht bestanden, weil die amerikanischen Streitkräfte Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht nicht tolerieren und schon gar nicht fördern. Die Vereinigten Staaten sind als Signatarstaat der grundlegenden Vereinbarungen des humanitären Völkerrechts an die Prinzipien des humanitären Völkerrechts gebunden und sowohl die amerikanischen Streitkräfte insgesamt, wie auch die einzelnen Militärangehörigen aller Ebenen sind durch entsprechende Gesetze, Vorschriften und Dienstanweisungen zur Beachtung dieser Regeln verpflichtet. ( ) Im Übrigen war der Einsatz der Koalitionsstreitkräfte bereits während des ersten Aufenthalts des Antragstellers im Irak völkerrechtlich legitimiert.“

Vorrang des EU-Rechts

Kriegsdienstverweigerung und Desertion gelten im allgemeinen nicht als Asylgrund. So wurden in der Vergangenheit immer wieder Verweigerer in den Asylverfahren abgelehnt und auch abgeschoben ñ und damit den Kriegsherren zur Strafverfolgung und erneuter Rekrutierung ausgeliefert. Höchstrichterlich wurde festgehalten, dass das Grundrecht auf KDV nach Artikel 4 Absatz 3 nur für Deutsche gilt. Erst bei zusätzlichen Strafen oder besonders hohen Strafen konnte ein Flüchtlingsschutz in Frage kommen.

Dieser Grundsatz wurde tatsächlich durch die Qualifikationsrichtlinie der Europäischen Union verändert. Sie berührt auch die Frage der Asylgewährung von Kriegsdienstverweigerern. In der Richtlinie werden die Möglichkeiten definiert, wann Personen in der Europäischen Union als Flüchtling anerkannt werden sollen. Danach kann als Verfolgung gelten: „e) Strafverfolgung oder Bestrafung wegen Verweigerung des Militärdienstes in einem Konflikt, wenn der Militärdienst Verbrechen oder Handlungen umfassen würde, die unter die Ausschlussklauseln des Artikels 12 Absatz 2 fallen“, also ein Verbrechen gegen den Frieden, ein Kriegsverbrechen oder ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Sinne der internationalen Vertragswerke umfassen.

Das bedeutet zum einen: Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen, die in ihrem Herkunftsstaat Verfolgung befürchten müssen, weil es dort kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung gibt, müssen weiterhin mit einer Ablehnung in den Asylverfahren rechnen. Für diese Gruppe ist keine Verbesserung erkennbar.

Allerdings bietet die Richtlinie Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren, die sich völkerrechtswidrigen Handlungen oder Kriegen entziehen und daher verfolgt werden, die Möglichkeit des Flüchtlingsschutzes an. Sie müssen asylrechtlichen Schutz erhalten. Zu denken wäre dabei zum Beispiel an israelische Verweigerer, die nicht in den besetzten Gebieten dienen wollen oder eben an Verweigerer des Irakkrieges.

Insofern ist die Argumentation des Bundesamtes recht durchsichtig. Es stellt den Versuch dar, wie André Shepherds Rechtsanwalt darlegte, „mit einer europarechtswidrigen Auslegung der EU-Qualifikationsrichtlinie den in der Richtlinie vorgesehenen Schutz für Deserteure und Kriegsdienstverweigerer zunichte zu machen. Dahinter steht offenbar die Absicht der Bundesregierung, deutsche Rechtsgrundsätze vor das Europarecht zu stellen.“

Wie geht es weiter?

Zunächst hat André Shepherd gegen die Entscheidung des Bundesamtes Klage erhoben. Diese wird vor dem Verwaltungsgericht in München verhandelt werden. Da viele europarechtliche Fragen zur Verhandlung stehen, könnte das Gericht direkt den Europäischen Gerichtshof zur Klärung dieser Fragen anrufen. Ansonsten wird das Verfahren voraussichtlich durch die weiteren Instanzen laufen.

Wichtig ist auch, festzuhalten: André Shepherd droht keine Abschiebung. Zum einen ist er weiter durch das laufende Asylverfahren vor einer Abschiebung geschützt. Zum anderen hat er durch die Heirat mit einer deutschen Staatsangehörigen einen zusätzlichen Abschiebeschutz. So mancher fragt uns angesichts dessen, ob damit nicht das Asylverfahren überflüssig ist. Es gibt jedoch drei wichtige Gründe, hier weiterzumachen:

1. André Shepherd ist nicht nur der erste US-Deserteur des Irakkrieges, der in hier Asyl beantragt. Er ist auch der erste, der sich auf die Qualifikationsrichtlinie der Europäischen Union beruft. Es ist ein Präzedenzfall, der auch für die Zukunft große Bedeutung haben kann.

2. Alle Aufenthaltstitel sind in Deutschland daran gekoppelt, dass der Betreffende ein gültiges Ausweispapier hat. André Shepherd kann jedoch nicht einfach in das US-Konsulat gehen und einen Pass beantragen. Hier droht ihm die Verhaftung durch die Militärpolizei. Einen wirklich gesicherten Status kann er nur durch die Asylgewährung erlangen.

3. Für André Shepherd ist es zudem eine politische Frage, wie sich deutsche bzw. europäische Behörden und Gerichte zu einem Krieg und einer Politik stellen, die so offensichtlich völkerrechtswidrig sind.

Wir müssen mit einem langen und kostenintensiven Verfahren rechnen. Dafür braucht André Shepherd unsere moralische, solidarische und finanzielle Unterstützung. Er selbst hat sehr klar eine Entscheidung getroffen: „Wir werden weitergehen. Auch andere Soldaten sollen die Gewissheit haben, dass eine Entscheidung, sich nicht weiter an völkerrechtswidrigen Kriegen oder Verbrechen zu beteiligen, unterstützt wird. Sie müssen sich darauf verlassen können, dass sie im Zweifelsfall Schutz erhalten.“

Rudi Friedrich ist engagiert bei Connection e.V
Spendenkonto bei Connection e.V., Konto-Nummer 7085704 bei der Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 37020500
Mehr Infos im Internet unter www.Connection-eV.de/aktion-usa.php

André Shepherd

Wie lange lassen wir diesen Wahnsinn zu?

Obwohl ich sehr enttäuscht darüber bin, dass das Bundesamt meinen Antrag abgelehnt hat, muss ich sagen: Es kam nicht unerwartet angesichts des gegenwärtigen politischen Klimas. Ich möchte der deutschen Regierung für meine Aufnahme in den letzten Jahren danken. Trotzdem muss ich mein Recht auf freie Rede ausüben und meine Skepsis ausdrücken und deutlich machen, dass ich die Entscheidung vollständig ablehne. Ich glaube, dass die darin ausgedrückte Annahme falsch ist, dass es nicht genügend Beweise für die Illegalität des Krieges im Irak gibt. Trotz der Geheimhaltung über den US-amerikanischen Luftkrieg lagen genügend Beweise dafür vor, dass die US-Kriegsmaschine im Irak eben nicht aus „humanitären Gründen“ dort ist. Ich finde auch die Feststellung absurd, dass das „Rechtssystem“ der USA fair sei gegenüber allen, die den Mut haben, ihr gottgegebenes Recht wahrzunehmen, nein zu sagen, auch gegenüber der mächtigsten Nation in der Welt.

Selbstverständlich werden wir das Verfahren weiterbetreiben und zwar aus zwei wichtigen Gründen:

Zum einen will ich nicht den Rest des Lebens mit dem Gedanken zurückblicken, dass ich wegen der „Straftat“ gefangen genommen werden könnte, weil ich gegen meine Regierung aufgestanden bin. Ich bin weiter der Auffassung, dass ich, wie auch die anderen Kriegsverweigerer, nicht verfolgt werden darf. Vielmehr sollten jene strafrechtlich verfolgt werden, die es verdient haben, wie die Anstifter und die Täter der gegenwärtigen Kriege gegen die Menschheit, statt unabhängig denkende junge Männer und Frauen unter Bedingungen zu inhaftieren, die der Folter gleichkommen, wie das z.B. bei Bradley Manning der Fall ist.

Zum anderen nenne ich einen Grund, der eigentlich gar nicht genannt werden müsste. Aber angesichts der Umstände muss er gesagt werden. Schauen Sie auf all die Kriege, die die USA in den letzten zehn Jahren geführt haben. Wie viele Menschen starben, wie viele verloren ihre Lieben, wie vielen wurden das Leben ruiniert, nur wegen der Lügen aus Washington D.C.? Wie viele Soldaten leben auf der Straße, verließen auf Dauer ihr Heimatland oder wurden von den so genannten Führern der „freien Welt“ verurteilt? Wie viele weitere Länder plant mein Heimatland zu besetzen, um scheinbare Bedrohungen zu vertreiben? Wie lange lassen wir diesen Wahnsinn zu? Wenn wir als Menschen nicht zusammenstehen für das, was recht ist – und wenn wir es nicht bald tun, werden wir möglicherweise kein Morgen haben, über das wir reden können. Mein Fall wird wahrscheinlich nicht den US-Imperialismus stoppen, aber er kann ein weiterer Schritt in die richtige Richtung sein, um den Alptraum zu beenden, der auf der Welt um sich greift. Wir müssen weitermachen, um die Gerechtigkeit in der Welt wiederherzustellen.

Stellungnahme bei der Pressekonferenz zur Ablehnung des Asylantrags am 7. April

André Shepherd mit seinem Anwalt Reinhard Marx (re.; links der Dolmetscher) bei der Pressekonferenz

Kein Werben fürs Sterben

Militär hat in Schulen nichts zu suchen

Von Monty Schädel

Vor annähernd zwei Jahren, am 16. Juni 2009, schrieb der damalige Kriegsminister Jung die Ministerpräsidenten der Bundesländer an. Ziel seines Briefs: Der Abschluss von Kooperationsvereinbarungen zwischen den Kultusministerien und den örtlichen Wehrbereichen.

Zwar gab es solche Vereinbarungen vereinzelt schon – in Nordrhein-Westfalen seit Herbst 2008 und im Saarland seit dem Frühjahr 2009 –, nun sollte aber die Zusammenarbeit, besser: die Offensive des Militärs im Bildungsbereich flächendeckend umgesetzt werden. Jung sprach von der Information „über Sicherheitspolitik im Unterricht“, der verstärkten „Teilnahme von Lehramtsanwärtern und Lehrern bei Aus-, Fort- und Weiterbildungen ... im Rahmen von sicherheitspolitischen Seminaren“ und der Veröffentlichung von „Informations- und Bildungsangebote(n) der Jugendoffiziere in den Amtsblättern und Onlinemedien der Schulministerien.“

foto: Joachim Schramm

Der Minister wies darauf hin, dass die Jugendoffiziere bereits seit 1958, also praktisch seit Gründung der Bundeswehr, in den Schulen seien, um „zu militärischen und sicherheitspolitischen Grundsatzfragen im Sinne der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland“ Stellung zu nehmen und die „Notwendigkeit und Vorteile der Wehrpflicht sowie die Einbindung Deutschlands in die Nato und die Entwicklung einer immer wichtiger werdenden Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ zu erklären. Da die „Sicherheitspolitik“ nach Ansicht des Ministers heute jedoch „... nicht einfacher, sondern wesentlich komplexer geworden“ sei, erachtete er „es als eine besondere Aufgabe der politisch Verantwortung Tragenden, unserer Bevölkerung und in ganz besonderer Weise der nachwachsenden Generation in der Schule z.B. zu erklären, wie sich die Einsätze der Bundeswehr im Ausland politisch aus den Zielen und Interessen deutscher Sicherheitspolitik ableiten lassen.“ Obwohl der Minister damit die Indoktrination von SchülerInnen deutlich beschrieb, streiten die BefürworterInnen der Kooperationsvereinbarungen eine solche Absicht ab.

Mit dem Hinweis auf die „gemeinsame Verantwortung für Frieden und Freiheit unseres Vaterlandes“ wurden die Ministerpräsidenten gebeten, „die aufgezeigten Ideen initiativ zu unterstützen“ und so der Bundeswehr einen privilegierten Zugang zu den Bildungseinrichtungen der Länder zu ermöglichen.

Nach Ansicht des damaligen Ministers sollte so gesichert werden, dass „die Jugend von heute unsere Gesellschaft morgen und übermorgen verantwortungsvoll“ gestaltet. Nur mit der Unterstützung der Bundeswehr, unterstellt der Minister, könne die Jugend dann diese Gestaltung übernehmen, „wenn sie weiß, dass Frieden und Freiheit nicht vom Himmel fallen, sondern verantwortungsvoll immer wieder neu gewonnen werden müssen.“

Dabei nahm der Kriegsminister für sich in Anspruch, dass auf diesem Weg „das dialogische Prinzip“ gefördert und seine Truppe „einen ganzheitlichen und pluralistischen Bildungsansatz, dem sich die Bundeswehr verpflichtet fühlt“ verfolge.

„Direkt ran an die Zielgruppe“ LehrerInnenund SchülerInnen

Wer das System Militär auch nur einigermaßen realistisch betrachtet, weiß, dass eine solche Sichtweise nur als blauäugig zu bezeichnen ist. In den Kultusministerien von sechs Bundesländern – Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Mecklenburg-Vorpommern, Bayern, Hessen und Sachsen – herrscht eine solche Blauäugigkeit wohl vor. Denn dort wurden in den vergangenen zwei Jahren fast identische Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr abgeschlossen.

Dass die Beteuerungen von Bundeswehr und Landesregierungen eines „ganzheitlichen und pluralistischen Bildungsansatzes“ reine Schutzbehauptungen sind, ist nach einem kurzen Blick in das Handbuch für Jugendoffiziere bereits zu erkennen und findet in den Berichten über Auftritte von Jugendoffizieren in Schulen eine Bestätigung. Schließlich – so hatte es der Minister in seinem Schreiben formuliert –, gilt es zu „erklären, wie sich die Einsätze der Bundeswehr im Ausland politisch aus den Zielen und Interessen deutscher Sicherheitspolitik ableiten lassen“.

Dass diese „Ziele und Interessen“ u.a. nach den Umfragewerten zur Beteiligung am Krieg in Jugoslawien oder aktuell in Afghanistan, nicht die Ziele der Bevölkerung in der Bundesrepublik und erst recht nicht der Friedensbewegung sind, wird dabei unterschlagen. Allein aus Sicht der Bundeswehr- und der Nato-Strategien wird die Welt dargestellt. Alternativen zur Lösung von Konflikten ohne Militär finden zwar Erwähnung, doch werden sie auch schnell als unrealistisch oder gar utopisch – ausgedacht von „Menschen, die das Leid nicht wirklich gesehen haben“ – diffamiert. Gut ausgebildet und auf die Zielgruppen eingestellt vermitteln die Vertreter der Bundeswehr so das Bild des deutschen Militärs, die Alternativlosigkeit von Auslandseinsätzen und die vermeintliche Zukunftsperspektive im Dienst bei der Bundeswehr.

Jung ist schon lange nicht mehr Kriegsminister, und auch sein Nachfolger, der Lügenbaron Guttenberg, musste mittlerweile die „Befehls- und Kommandogewalt“ über die Bundeswehr abgeben. Die Kooperationsvereinbarungen bleiben aber als strategischer Versuch, das Ansehen des Militärs zu verbessern und den Dienst, bei dem man andere Menschen ermordet, als einen Job wie jeden anderen darzustellen. Dass das bisher noch „nicht so gut klappte“, zeigen die Zahlen über die Meldung Freiwilliger nach der Aussetzung der Wehrpflicht. Nicht einmal ein Viertel der Wunsch-(Soll-)Zahlen konnte die Bundeswehr trotz verbesserter Verdienst- und „Karriere“-Chancen erreichen.

Um so wichtiger ist deshalb aus Sicht der Bundeswehr, über den Bildungsbereich direkt an die Zielgruppe heranzukommen. Wenn die Bundeswehr die Ausbildung von LehrerInnen mitprägt, dann hat das auch Auswirkungen darauf, mit welchem Wissen und welchem Bild von Militär zukünftig in den Schulen gelehrt wird. Die „Informations- und Bildungsangebote der Jugendoffiziere in den Amtsblättern und Onlinemedien der Schulministerien“ schaffen faktisch ein Monopol für das Militär und seine Sichtweisen und bestimmen, welche Materialien im Unterricht verwendet werden.

Natürlich sind LehrerInnen dazu in der Lage, selbst und kritisch zu denken. Aber die Belastungen am Arbeitsplatz Schule sind in den letzten Jahren schon größer geworden und werden weiter zunehmen. Das fördert nicht die Bereitschaft, den Streit in der Schule zu suchen, wenn Jugendoffiziere ihren privilegierten Zugang und ihre technischen und finanziellen Möglichkeiten ausnutzen, der Schule Angebote machen und KollegInnen darauf einsteigen.

Breiter Protest gegen Militär

Dass der Bundeswehr die Umstellung des Bildungssystems im Sinne des Militärs nicht so einfach gelingt, haben sich verschiedene Gruppen und Initiativen zum Ziel gesetzt. In vielen ist die DFG-VK mindestens beteiligt, oft als Initiator und Motor. Ob unter dem Motto „Schulfrei für die Bundeswehr“, „Schule ohne Militär“, „Schule ohne Bundeswehr“, „Bundeswehr wegtreten“ oder „Friedenserziehung, Bundeswehr und Schule“ werden Strategien und Materialien entwickelt oder Aktivitäten geplant und durchgeführt, mit der der Militarisierung im Bildungswesen entgegengetreten wird. Regional, landes- und bundesweit gibt es mittlerweile Bündnisse, die sich gegen die Kooperationsvereinbarungen und das Auftreten der Bundeswehr in Schule und Öffentlichkeit wenden.

Landesweite Bündnisse in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz mischten sich in die Wahlkämpfe ein und forderten die Parteien zu Stellungnahmen auf. Dass die dort nun beschlossenen Koalitionsverträge keine Kündigung der Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr vorsehen, kann angesichts der Position von Sozialdemokraten und Grünen zu den Kriegseinsätzen der Bundeswehr niemand wirklich überraschen. Immerhin steht eine Förderung von Projekten der Friedenserziehung zu erwarten.

In Nordrhein-Westfalen wurde der Antrag der Linksfraktion auf Kündigung der Kooperationsvereinbarung von unterstützenden Protesten begleitet, und die DFG-VK war bei einer Anhörung im Bildungsausschuss vertreten. Letztlich wurde der Antrag allerdings abgelehnt. Auch in Sachsen gab es aus den Oppositionsfraktionen Proteste gegen die Kooperationsvereinbarung. In Berlin sind Aktive regelmäßig an unterschiedlichen Orten präsent und informieren SchülerInnen, mit dem Flyer „bevor du unterschreibst ...“ der DFG-VK. In Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein forderten die GEW-Landesvorsitzenden in öffentlichen Stellungnahmen, die Bundeswehr aus den Schulen abzuziehen bzw. die Kooperationsvereinbarungen zu kündigen.

In vielen Landesverfassungen ist von „Friedenserziehung“ oder „Pflicht zum Frieden“ die Rede. Das ist ein wichtiger Ansatzpunkt in den unterschiedlichen Bündnissen, Frieden wirklich zum wichtigen Thema zu machen und mit Materialien zu „unterfüttern“.

Kriegs-Unterricht verweigern

Für die DFG-VK als Organisation mit einem großen Anteil von Verweigerern ist daneben auch der Aspekt der Verweigerung von „Kriegs-Unterricht“von Bedeutung. Eine Vorlage für die Befreiung vom Unterricht durch und mit Soldaten vertreibt dazu u.a. terre des hommes.

Während allen Verweigerern solchen Unterrichts sicher unsere Solidarität gilt, so ist die von einigen quasi als ultimative Lösung verbreitete Empfehlung an Eltern, ihre Kinder vom Unterricht befreien zu lassen, wenn Soldaten daran teil-

Gegen Bundeswehr an den Schulen und gegen die Militarisierung der Gesellschaft!

Kollwitz-Schule (Offenbach) lehnt eine Zusammenarbeit mit der Bundeswehr ab

Auf Initiative von in der GEW organisierten Kolleginnen und Kollegen haben sich die höchsten beschlussfassenden Gremien der Käthe-Kollwitz-Schule mit dem Thema „Bundeswehr an den Schulen“ beschäftigt.

Anlass dafür war die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Hessischen Kultusministerium und der Bundeswehr, die am 4. November 2010 in Wiesbaden unterzeichnet wurde. Sie sieht den Einsatz von Jugendoffizieren der Bundeswehr an den Schulen, in der Lehrerausbildung sowie in der Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte vor.

Nach Befassung mit dem Thema beschließt die Gesamtkonferenz der Lehrerinnen und Lehrer am 23. März 2011: „Die Gesamtkonferenz lehnt die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Hessischen Kultusministerium und der Bundeswehr ab und will keine Jugendoffiziere an der Käthe-Kollwitz-Schule haben.“ (1 Gegenstimme, 9 Enthaltungen)

Und sie beschließt, dass „die Käthe-Kollwitz-Schule sich als Schule mit friedenspolitisch-pädagogischem Schwerpunkt versteht.“

Am darauffolgenden Tag, am 24. März 2011, ist das Thema Gegenstand der Beratungen der Schulkonferenz der Käthe-Kollwitz-Schule (in der Schulkonferenz sind Lehrkräfte, Schülerschaft und Eltern vertreten, sowie Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit beratender Stimme). Die Schulkonferenz übernimmt den Beschluss und fügt eine Begründung hinzu: „Die Schulkonferenz beschließt, den Antrag der Gesamtkonferenz vom 23.3.2011 gegen die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Hessischen Kultusministerium und der Bundeswehr zu unterstützen, und begründet dies wie folgt: Die Bundeswehr ist keine Verteidigungsarmee mehr, wie vom Grundgesetz vorgesehen. Sie ist eine Armee im Einsatz und dient den Interessen der Wirtschaft, wie der „Sicherung der Rohstoff- und Warenströme, der Transportwege“ und vielem mehr – so als offizielle Regierungspolitik festgeschrieben im Weißbuch der Bundesregierung im Jahre 2006. Wir wollen nicht, dass unsere Schülerinnen und Schüler für einen Krieg gegen andere Völker rekrutiert werden. Und wir wollen auch nicht, dass sich die Bundeswehr als friedensschaffende Kraft anpreisen kann. Deshalb lehnen wir es ab, dass Jugendoffiziere der Bundeswehr an die Käthe-Kollwitz-Schule kommen und stellen uns damit einer immer stärkeren Militarisierung der Gesellschaft entgegen.“ (einstimmig)

Wir bitten, diese Beschlüsse zu verbreiten, und hoffen sehr, dass andere sich unserer Haltung anschließen, damit sich ein breiter Widerstand gegen die Militarisierung der Schulen formiert.

Eberhard Enß, Vertrauensmann der GEW an der Käthe-Kollwitz-Schule

nehmen, mindestens kritisch zu betrachten. Während die BefürworterInnen solcher Empfehlungen erklären, dass es für jedes Kind nur von Vorteil ist, wenn es nicht der Propaganda der Bundeswehr ausgesetzt ist, geben Skeptiker zu bedenken, dass damit einerseits ein kritischer Punkt in der Klasse verloren sei und die anderen so ggf. keine kritischen Gedanken in dem Unterricht des Jugendoffiziers erfahren. Andererseits verweisen sie darauf, dass es sich hier um Kinder handelt, die auch in der Zukunft als Einzelperson in der „Zwangsgemeinschaft Schule“ wirken und bestehen müssen. Sie fragen: Ist es unter der in der Bundesrepublik geltenden allgemeinen Schulpflicht als „Patentlösung“ anzusehen, Kinder mit einem Befreiungsschreiben der Eltern aus solch einem Unterricht zu holen (wenn es denn überhaupt von der Schule akzeptiert wird)? Der Bayrische Elternverband hat jedenfalls eine Petition dazu an den Gesetzgeber gestartet, die Eltern die Befreiung ihrer Kinder vom „Militärunterreicht“ ermöglichen soll.

Entscheidend wird letztlich immer die Situation und Stimmung in den Schulen direkt sein. Geprägt werden diese von den Verbindungen und Einstellungen von Schulleitung und LehrerInnen zur Bundeswehr. Aber auch Eltern und SchülerInnen können einzeln darauf einwirken. So haben sich mittlerweile mehrere Schulen, u.a. in Berlin und Hessen, durch Beschlüsse von Schulkonferenzen zu „Schulen ohne Bundeswehr/Militär“ erklärt *(siehe die Erklärung der GEW zur Käthe-Kollwitz-Schule in Offenbach auf der vorigen Seite)*.

Weitere Informationen und Materialien zum Themenbereich sind zu finden auf der DFG-VK-Homepage oder direkt unter *www.schulfrei-fuer-die-bundeswehr.de*

Monty Schädel ist Politischer Geschäftsführer der DFG-VK.

Schulfrei für die Bundeswehr

Breites Bündnis gegen die Militarisierung der Schule in Baden-Württemberg

Von Roland Blach

Die Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“ wurde im Frühjahr 2010 u.a. von der DFG-VK Baden-Württemberg initiiert, nachdem am 4. Dezember 2009 auch eine Kooperationsvereinbarung zwischen Kultusministerium und Wehrbereichskommando im „Ländle“ unterzeichnet wurde. Sie will über die Militarisierung der Gesellschaft am Beispiel Schule in Baden-Württemberg aufklären und ist zunächst auf das Schuljahr 2010/2011 ausgerichtet.

Wir treten dafür ein, die Kooperationsvereinbarung in Baden-Württemberg zurückzunehmen auf dem Weg zur einer bundeswehrfreien Schule, um langfristig Militärs aus allen Bildungseinrichtungen zu verdrängen. SchülerInnen sollen nicht für das Töten von Menschen angeworben werden, sondern zum Frieden erzogen werden. Eine eigene Kooperationsvereinbarung des Kultusministeriums mit den Friedensorganisationen lehnt die Kampagne als „Feigenblatt“ und Legitimation für den Einsatz der Jugendoffiziere bzw. der Bundeswehr in den Schulen ab.

Dazu haben wir Hintergrundmaterial online zur Verfügung gestellt, ein DFG-VK-Factsheet und einen Kampagnenflyer erarbeitet. Es wird von vielen Multiplikatoren gleichermaßen gut angenommen.

Mehrere ReferentInnen, darunter DFG-VK-Landessprecher Klaus Pfisterer, wurden zu mehreren Dutzend Vorträgen und weiteren Veranstaltungen eingeladen. Bei Europas größter Bildungsmesse in Stuttgart waren Aktive der Kampagne mit einer Mahnwache und Aktionen am Bundeswehr-Stand genauso präsent wie an Schulen, in denen Jugendoffiziere eingeladen wurden (z.B. in Esslingen und Karlsruhe).

Foto: Roland Blach

Forderungen an Landesregierung

Zur Landtagswahl am 27. März hatten wir im Herbst 2010 Kontakt aufgenommen zu den Landesvorsitzenden der CDU, FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, um mit ihnen ins Gespräch zu kommen. CDU und FDP haben gar nicht reagiert. Gute Gespräche haben dafür stattgefunden mit den Landesvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie den bildungspolitischen SprecherInnen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen. Alle haben sich explizit für die Rücknahme der Kooperationsvereinbarung und für ein deutliches Plus friedenserzieherischer Elemente im Bildungswesen ausgesprochen.

Bündnis 90/Die Grünen und die SPD haben wir mit Briefen, E-Mails und persönlichen Gesprächen nach der Wahl an ihre Aussagen erinnert und einen Forderungskatalog aufgestellt.

Dieser sieht vor, dass folgende Punkte mit in den Koalitionsvertrag aufgenommen werden:

1. Kündigung der Kooperationsvereinbarung.
2. Keine Werbeveranstaltungen der Bundeswehr durch Jugendoffiziere und Wehrdienstberater an den Schulen.

3. Keine Einbindung durch Jugendoffiziere in die Ausbildung von LehramtsanwärterInnen.
4. Einrichtung einer Landesarbeitsstelle Friedenserziehung/Friedenspädagogik.
5. Aufnahme von Themen der Friedenserziehung/Friedenspädagogik in die LehrerInnenausbildung und in die Fortbildungsveranstaltungen der Staatlichen Akademien für Lehrerfortbildung.

Mittlerweile ist der Koalitionsvertrag unter Dach und Fach. Die Kündigung der Kooperationsvereinbarung ist nicht aufgenommen worden. Aus Sicht der Kampagne sind folgende Passagen interessant (Sseite 17: Bildungsziele Demokratie und nachhaltige Entwicklung):

„Bildung für nachhaltige Entwicklung" soll sich als roter Faden durch alle Bildungspläne ziehen, im Leitbild aller Bildungseinrichtungen und in der Ausbildung aller Pädagoginnen und Pädagogen verankert werden. Dabei geht es, entsprechend der UN-Dekade, nicht nur um Umweltbildung, sondern auch um die Vermittlung von Werten wie Gerechtigkeit, Fairness und Toleranz, um die Gleichberechtigung der Geschlechter sowie um Armutsbekämpfung. Ebenso wichtig ist der Ausbau der politischen Bildung, u. a. mit Projekten gegen Rechtsextremismus und Projekten zur Friedenserziehung.

Wir werden die politische Bildung an den Schulen ausbauen und Demokratie durch mehr Rechte für die Schülerinnen und Schüler direkt erfahrbar machen."

Zum Ende der Fachtagung „Schulfrei für die Bundeswehr – Friedenserziehung stärken" am 22. Mai im Bonhoeffer-Haus in Karlsruhe, die sowohl die Probleme der Kooperationsvereinbarung aus verschiedenen Blickwinkeln als auch den aktuellen Stand der Friedenserziehung beleuchtet, soll in einem Podiumsgespräch mit Vertretern der Parteien die Frage kontrovers erörtert werden, wie es gelingen kann, dass junge Menschen gemäß der Landesverfassung zum Frieden erzogen werden.

In der Kampagne arbeiten mit: DFG-VK Baden-Württemberg, Informationsstelle Militarisierung, Ohne Rüstung Leben, Pax Christi Baden-Württemberg, Werkstatt für gewaltfreie Aktion, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg, Ökumenisches Netz Baden-Württemberg, Offenes Treffen gegen Militarismus und Krieg Stuttgart und die Pressehütte Mutlangen.

Die Trägergruppen beraten am 11. Juli den Fortgang der Kampagne über die Sommerferien hinaus.

Roland Blach ist Geschäftsführer des DFG-VK-Landesverbands Baden-Württemberg.

Schule ohne Bundeswehr NRW

Tagebuch eines Bündnisses

13. November 2010. Die DFG-VK NRW veranstaltet eine Fachtagung zum Thema „Bundeswehr und Schule" in Köln. Als Referenten haben Guido Schönian von der Jungen GEW NRW und Michael Schulze von Glaßer von der IMI teilgenommen. Die neue NRW-Schulministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin Sylvia Löhrmann von den Grünen hat ein schriftliches Grußwort zur Tagung geschickt. Eine landesweite Koordination mit dem Ziel der Kündigung der Kooperation zwischen Schulministerium und Bundeswehr vor dem Beschluss des Landtags über den Antrag der Linken hierzu wird initiiert.

7. Januar 2011. Im Schulministerium NRW findet ein Gespräch zwischen dem Staatssekretär Ludwig Hecke und der DFG-VK NRW statt. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es jenseits der Forderung nach Kündigung der Kooperationsvereinbarung Gesprächsbereitschaft beim Ministerium gibt. Die Einbeziehung von Positionen der Friedensbewegung in den Unterricht wird als wünschenswert angesehen. Ähnliche Gespräche führen auch andere Bündnispartner.

12. Januar 2011. Im Schulausschuss des Landtages NRW findet eine Anhörung zum Antrag der Fraktion Die Linke statt. Es sind anwesend ExpertenInnen der Bundeswehr und anderer mit einer Pro-Bundeswehr-Haltung und ExpertenInnen der DFG-VK NRW und anderer mit Contra-Bundeswehr-Haltung. Abschließend bleibt der Eindruck, dass Abgeordnete an einer Einbindung von Friedensgruppen interessiert, aber zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der Bundeswehr nicht bereit sind.

5. Februar 2011. Vertreter von antimilitaristischen und pazifistischen Gruppierungen, Schülervertretungen und Gewerkschaften treffen sich, um über gemeinsame Aktivitäten zu beraten. Sie verständigen sich auf dezentrale und zentrale Aktionen, gemeinsame Materialien, einen ReferentInnenpool und eine Internetplattform gegen die Umsetzung der Vereinbarung.

16. März 2011. Mit den Stimmen von SPD, Grünen, FDP und CDU empfiehlt der Schulausschuss dem Landtag, den Antrag der Linken abzulehnen. Mitglieder des Bündnisses „Schule ohne Bundeswehr NRW" versuchen mit ihrer Forderung auf T-Shirts und ihrer Begründung der Ablehnung des Kooperationsvertrages auf Papier in der Ausschusssitzung ihre Position deutlich zu machen. Die T-Shirts müssen zwar leider schon bei der Eingangskontrolle ausgezogen werden, die Papiere können aber an die Mitglieder des Ausschusses verteilt werden. Allerdings sind deren Positionen schon offensichtlich festgelegt.

27. März 2011. Eine erste Fassung des Bündnis-Readers wird erstellt. Er enthält eine Handlungshilfe für SchülerInnen und SchülerInnenvertretungen, einen Musterantrag für Schulkonferenzen, Argumentationen und Links. Eine zweite Fassung soll auch Handlungshilfen für LehrerInnen und Eltern einschließen. Dieser Reader fasst alle praktischen Informationen zusammen, um dem versuchten Einfluss der Bundeswehr auf die Schule kritisch zu begegnen.

30. März 2011. SPD, Die Grünen, CDU und FDP haben im Düsseldorfer Landtag die Kündigung der Kooperationsvereinbarung abgelehnt, nur Die Linke hat für ihren Antrag gestimmt. Schulministerin Löhrmann kündigt an, dass das Schulministerium im Haushaltsentwurf 2011 „30.000 Euro für die Friedenserziehung eingestellt" hat und die Landesregierung „friedenspolitischen Initiativen nicht nur gleichberechtigten Raum im Unterricht, sondern auch in der Lehreraus- und -fortbildung geben" will. Vor dem Landtag protestiert das Bündnis mit dem Transparent „Schule ohne Bundesgewehr" gegen die Kooperationsvereinbarung. Am Rande der Mahnwache nimmt Staatsekretär Hecke 1.000 Unterschriften hierzu entgegen, die das Bündnis in den letzen Monaten gesammelt hat.

2. April 2011. Die Landesdelegiertenkonferenz der Landesschülervertretung (LSV) in Hagen steht auch unter dem Motto „Schule ohne Bundeswehr". An der Podiumsdiskussion nehmen Staatssekretär Hecke sowie VertreterInnen der Evangelischen Kirche im Rheinland, GEW, LSV und DFG-VK teil. Die LSV pocht auf ihre Forderung, dass die Bundeswehr in der Schule nichts zu suchen hätte.

16. April 2011. Das Bündnis beschließt einen Aufruf zur Selbstdarstellung und Werbung. Seine Forderung ist vor allem eine ersatzlose Kündigung der Kooperationsvereinbarung zwischen Schulminis. terium und Bundeswehr, daneben auch eine Erziehung zum Frieden und Humanismus. Die Bündnispartner kündigen an, eigene Aktionen zu initiieren und sich an weiteren Aktivitäten zu beteiligen.

23. April 2011. Das Thema ist auch beim Auftakt des Ostermarsches Rhein/Ruhr in Düsseldorf mit einem Jugendblock, Transparenten, Flugblättern und einem Redebeitrag sehr präsent.

(Fortsetzung folgt ...)

Kai-Uwe Dosch ist Sprecher des DFG-VK-Landesverbands Nordrhein-Westfalen.

Wie umgehen mit Militär in der Schule?

Der DFG-VK-Bundesausschuss diskutiert Gegenstrategien

Von Christoph Neeb

Einer der Tagesordnungspunkte bei der Sitzung des DFG-VK-Bundesausschusses Ende Februar war die Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“. Es wurden Erfahrungsberichte dazu vorgetragen. Dabei wurde übereinstimmend dargestellt, wie die Bundeswehr immer stärker mit Informations- und Werbeveranstaltungen in die Schulen drängt. Das Auftreten der Bundeswehr an den Schulen erreiche schon jetzt eine völlig neue Qualität, und es sei zu erwarten, dass sich dies in der Zukunft noch massiv verstärken werde.

Die Schulen und die einzelnen Lehrer hätten kaum eine Möglichkeit, sich dem Druck, Werbeveranstaltungen der Bundeswehr an den Schulen zuzulassen, zu entziehen. Insbesondere die ReferendarInnen hätten Angst vor einem Berufsverbot, wenn sie die Infoveranstaltungen der Bundeswehr verweigerten.

Sehr gut geschulte, dialogbereite und selbstkritisch auftretende Jugendoffiziere wirkten in einer bisher nicht gekannten Weise überzeugend, was es sehr schwer mache, irgendwie dagegenzuhalten. Das Auftreten der Jugendoffiziere sei insbesondere deswegen so differenziert, weil es der Bundeswehr darum gehe, technische Intelligenz für sich zu gewinnen. Deswegen werbe sie vornehmlich bei GymnasiastInnen, in zweiter Linie bei RealschülerInnen. Die Frage inwieweit die Bundeswehr auch an HauptschülerInnen interessiert ist, blieb umstritten.

VertreterInnen der DFG-VK sind bis jetzt in zwei Formen gegen die Jugendoffiziere aufgetreten. Entweder wurden sie zusammen mit den Jugendoffizieren für denselben Tag eingeladen oder sie kamen eine Woche später, nachdem der Jugendoffizier aufgetreten war, an die Schule. Unabhängig von dem Grad der Erfahrung im Umgang mit SchülerInnen, Öffentlichkeit oder mit Bundeswehrvertretern verliefen die bisherigen Veranstaltungen für die DFG-VK-VertreterInnen völlig desillusionierend.

Wegen des überzeugenden Auftretens der Jugendoffiziere sei es kaum möglich, mit einer pazifistischen Gegenposition an die SchülerInnen heranzukommen. Die Jugendoffiziere träten mit dem Tenor auf: „Ich habe bei der Bundeswehr meinen Führerschein gemacht, habe von der Bundeswehr eine Ausbildung bekommen, ich war in Afghanistan und – seht her – aus mir ist etwas geworden. Ihr könnt das auch erreichen!“ Während am Beginn einer solchen Veranstaltung auf die Frage „Seid Ihr für den sofortigen (!) Abzug aus Afghanistan?“ noch zwei Drittel mit „nein“ stimmten, seien es am Ende einer solchen Veranstaltung drei Viertel der Schüler.

Während der Sitzung des Bundesausschusses wurde in der Diskussion im Anschluss an die Erfahrungsberichte darauf verwiesen, dass nicht die sehr gute Schulung der Jugendoffiziere das Hauptproblem sei. Haupthandicap der Friedensbewegung sei, dass im Gegensatz zu früher die Bundeswehr nun mit einem Jobangebot an die Schulen komme. Die Friedensbewegung dagegen könne keine Jobs anbieten. Die Bundeswehr komme mit einer völlig neuen Zielsetzung, auf die es nun angemessen zu reagieren gelte. Das Infomaterial, das die DFG-VK bisher zur Verfügung habe, sei nicht gut genug. Den DFG-VK-Mitgliedern erscheine es vielleicht als gut genug, tatsächlich sei es aber nicht so, weshalb es noch deutlich verbessert werden müsse.

Wenn DFG-VK-VertreterInnen eine Chance haben sollten, gegen die Jugend-

offiziere anzukommen, müssten sie sehr gut geschult werden. Dies sei sehr aufwändig, und es sei illusorisch zu glauben, die Friedensbewegung könne hier gegen eine mit Milliardenbeträgen ausgestattete Maschinerie ankommen. Damit sei die Friedensbewegung personell und finanziell überfordert.

Es wurde vorgeschlagen, in Kooperation mit Stiftungen und Bildungswerken wie auch der Bertha-von-Suttner-Stiftung oder anderen Stiftungen, die nicht genuin pazifistisch sein müssten, PazifistInnen zu schulen. Im Zusammenhang damit wurde auch eine Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Dienste für den Frieden (AGDF) angeregt.

Es wurde vorgeschlagen, langfristig zu versuchen, desillusionierte VeteranInnen, die an Kriegseinsätzen teilgenommen haben, dafür zu gewinnen, authentisch von den Schattenseiten eines Berufslebens bei der Bundeswehr vor SchülerInnen zu berichten. Dem wurde entgegengehalten, dass es bisher kaum solche VeteranInnen gebe, ihre Organisationen vornehmlich die Versorgung der eigenen Leute sicherstellen wollten und kein Interesse an der Arbeit der PazifistInnen hätten. Es gebe keine übereinstimmenden Interessen der VeteranInnenverbände mit der DFG-VK. Außerdem wolle die Bundeswehr ihre Leute auch nach der Bundeswehrzeit auf ihrer Seite haben und unterstütze sie weiter. Deswegen sei es illusorisch, Afghanistan-VeteranInnen für die Friedensarbeit zu gewinnen.

Zur Frage, wie erfolgreich die Friedensbewegung gegen die Bundeswehr-Werbung an den Schulen vorgehen könne, wurde darauf verwiesen, dass es auch in der Vergangenheit eine Illusion gewesen sei, man könne zum Beispiel mit der Beratung von Kriegsdienstverweigerern oder mit der Präsenz von PazifistInnen an den Schulen der Bundeswehr so viele potenzielle SoldatInnen entziehen, dass sie substanziell geschwächt werde, auch wenn die Friedensbewegung sich dies nicht habe eingestehen wollen.

Es wurde vertreten, Hauptzweck der Beratung von Kriegsdienstverweigerern etc. sei es in der Vergangenheit gewesen, neue Mitglieder zu werben. Dieser Zweck müsse auch bei einer Kampagne wie „Schulfrei für die Bundeswehr“ im Vordergrund stehen.

Dem wurde entgegengehalten, es gehe nicht bloß darum, Mitglieder zu werben, sondern die Gesellschaft mitzugestalten. Ziel der Kampagne „Schulfrei“ müsse sein: Bundeswehr raus aus den Schulen! SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen müssten dazu gebracht werden, die Bundeswehr-Werbeveranstaltungen zu boykottieren. Es gehe darum, Schülerinnen, Eltern und LehrerInnen zum Widerstand aufzustacheln. Dies sei der einzige erfolgversprechende Weg. Eigene VertreterInnen an die Schulen zu schicken, überfordere die Friedensbewegung und der Erfolg sei fraglich.

Die Diskussion spitzte sich somit auf diesen Methoden- und Zielkonflikt zu: Mit eigenen VertreterInnen an die Schulen zu gehen, um an den Schulen eine Gegenposition zur Bundeswehr zu vertreten und neue Mitglieder zu gewinnen, oder SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen zum Boykott aufzustacheln und so die Bundeswehr dauerhaft von den Schulen fernzuhalten.

Es wurde in der weiteren Diskussion bezweifelt, ob die Friedensbewegung die Kapazitäten hat, in großem Umfang Boykottaktionen an den Schulen zu initiieren. Außerdem wurde darauf verwiesen, dass die Werbeveranstaltungen der Bundeswehr eventuell noch schlimmer verliefen, wenn die Friedensbewegung nicht als Gegenpart an den Schulen auftrete. „Bundeswehr raus aus den Schulen!“ zu fordern und dennoch dort, wo sie noch präsent sei, selbst an die Schulen zu gehen, müsse sich nicht gegenseitig ausschließen. Der Meinung, es solle jedenfalls jetzt noch kein Beschluss gefasst werden, irgendetwas nicht zu tun, wurde von niemand beim Bundesausschusses widersproch. Man war sich einig, dass vorerst weiter Erfahrungen gesammelt werden sollten.

Fazit: Besseres Material ist notwendig. Es müssen weiterhin Erfahrungen gesammelt werden. Es soll noch keine bindender Beschluss gefasst werden, irgendetwas zu tun oder nicht zu tun. Einen solchen Beschluss soll es erst nach weiteren Diskussionen geben, die möglichst breit geführt werden sollten in der DFG-VK.

Christoph Neeb aus Freiburg ist baden-württembergischer Delegierter beim DFG-VK-Bundesausschuss.

„Hallo Finanzamt – Steuern gegen Gewalt“

Bundesweite Aktion zur Militärsteuerverweigerung

Von Gertie Brammer

Alle Zwangsdienste ausgesetzt? Denkste! Trotz ausgesetzter Wehrpflicht geht der Kriegsdienst mit unser aller Steuergeldern weiter; denn wir alle zahlen über den Verteidigungshaushalt für Rüstung, Militär und Krieg.

Auf Miliär- und Zivildienstleistende kann der Staat verzichten – auf unsere Steuern nicht. Wenn wir hier nichts unternehmen, bleiben wir also lebenslang Soldaten in Zivil.

Weil das unser Gewissen weiterhin belastet, bleiben wir am Ball für ein Zivilsteuergesetz. Das ermöglicht es uns SteuerzahlerInnen, zwischen Militärsteuer und Zivilsteuer zu wählen, d.h.: Wir könnten bestimmen, ob der entsprechende Anteil der Steuern in den Verteidigungshaushalt kommt oder nicht.

Wie das praktisch gehen soll, steht im Entwurf des „Zivilsteuergesetz“, den das Netzwerk Friedenssteuer mit kompetenter fachjuristischer Hilfe formuliert hat. Auch gibt es schon länger zwei ebenso fundierte juristische Gutachten dazu. Alle drei Texte finden sich auf der Internetseite des Netzwerks unter dem Menüpunkt „Zivilsteuergesetz“ *(www.netzwerk-friedenssteuer.de)*.

Mit diesen Texten machen wir, die Arbeitsgruppe Gesetzesinitiative, seit letzten Oktober wieder intensive Lobbyarbeit. Um diese zu unterstützen, starten wir im Mai die bundesweite Steueraktion: „Hallo Finanzamt – Steuern gegen Gewalt“, bei der alle mitmachen können, die Einkommen- bzw. Lohnsteuer zahlen.

Von der KDV zur MSV

Auf der letztjährigen 13. Internationalen Konferenz für Militärsteuerverweigerung und Friedenssteuer-Initiativen in Norwegen entschieden sich die angeschlossenen Länderorganisationen, den internationalen KDV-Tag, den 15. Mai, ebenfalls für die Militärsteuerverweigerung zu begehen. Er eignet sich für eine Steuerverweigerungsaktion in Deutschland auch deshalb besonders gut, weil kurz darauf, am 31. Mai der Termin für die Abgabe der Einkommensteuererklärung ist.

Also laden wir dazu ein, sich an der Aktion „Hallo Finanzamt – Steuern Gegen Gewalt“ zu beteiligen und einen Musterbrief an die jeweiligen Finanzämter zu schicken. Dieser Brief enthält für ArbeitnehmerInnen den Antrag, die Steuern zu hinterlegen, also nicht an den Bundeshaushalt weiterzuleiten, und für Nicht-ArbeitnehmerInnen, die Steuern zu stunden. Beides so lange, bis eine gesetzliche Regelung in Kraft ist, nach der Steuerzahlende wählen können, dass ihre Steuern nur für zivile Aufgaben und nicht mehr für militärische verwendet werden.

Keine „Risiken + Nebenwirkungen“

Gibt es denn eine Erfolgsaussicht für Realisierung? Ja! Das Finanzamt kann entscheiden, die Steuern zu hinterlegen oder zu stunden, weil ein Härtefall vorliegt. Bis jetzt wurden nur wirtschaftliche Gründe für einen Härtefall akzeptiert, aber niemand verbietet dem Finanzamt, einen Härtefall unter Berufung auf das Recht auf Gewissensfreiheit nach Artikel 4 Absatz 1 Grundgesetz festzustellen. Die Grundrechte sind wichtiger als die einfachen Gesetze, wozu auch das Bundeshaushaltsgesetz mit dem Haushaltsplan gehört. Das ist auch die Argumentation einer Verfassungsbeschwerde von 10 Militärsteuerverweigernden und 1.244 UnterstützerInnen, die seit zwei Jahren dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe vorliegt.

Die Musterbriefe zur persönlichen Verwendung samt „Beipackzettel“ können bei *www.netzwerk-friedenssteuer.de* heruntergeladen *(Menü oben: Downloads > öffentliche Downloads)*, oder bei unten stehender Kontaktadresse bestellt werden. Die „Nebenwirkungen“ finden sich auf dem „Beipackzettel“, aber so viel vorab: Straf- oder zivilrechtliche Folgen gibt es keine.

Man kann den Brief zusammen mit der Steuererklärung, aber auch extra senden, je nachdem, ob die Steuererklärung erst später gemacht wird oder das Lohnsteuerjahresausgleichsformular schon vorher eingereicht wurde.

Damit wir diese Aktion auswerten können, bitten wir um Rückmeldung (z.B.: Brief an Finanzamt X am Tag Y abgeschickt und Antwort des Finanzamtes). Persönliche Daten werden natürlich vertraulich behandelt.

Vision kann Realität werden!

Es sind schon viele Dinge passiert, die niemand erwartet hat – warum soll nicht jetzt ein Finanzamt den wirklich existierenden Spielraum für eine Grundrechtssache nutzen?! Aber wenn das Finanzamt ablehnt: Dann kann man widersprechen und klagen!

Gertie Brammer ist DFG-VK-Mitglied und engagiert sich in der Arbeitsgruppe Gesetzesinitiative des Netzwerks Friedenssteuer e.V.
Kontakt: Netzwerk Friedenssteuer, c/o Lina Hoffmann, Olivenweg 36, 90441 Nürnberg; Telefon 0911-662993, eMail lina-helmut.hoffmann@t-online.de

Homohochzeit in Kriegszeiten

Buch von Judith Butler zur Antikriegspolitik

Von Eugen Januschke

Judith Butler: Queere Bündnisse und Antikriegspolitik. Männerschwarm Verlag, Hamburg 2011; 42 Seiten; 6 Euro

Noch haben wir einen öffentlich bekennenden Schwulen als Außenminister. Und der ehemalige Wehrbeauftragte des Bundestages Reinhold Robbe heiratete am 16. April Freo Majer, der mit seinem Verein „Frontkultur“ Theater für deutsche Soldaten in Afghanistan macht.

Die Zeiten, da man annehmen konnte, dass Schwule der Bundeswehr zumindest mit Vorbehalten gegenüber stehen, scheint vorbei. Nicht nur viele Schwule sehen Staat und Bundeswehr als Verteidiger ihrer „Minderheitenrechte“. Judith Butler ordnet dies ein in „... Versuche, Schwule für den Aufbau nationalistischer und fremdenfeindlicher Kulturen zu rekrutieren ...“, so in ihrem nun publizierten Vortrag „Queere Bündnisse und Antikriegspolitik.“

Gehalten wurde dieser Vortrag in der Berliner Volksbühne am Vorabend des Christopher-Street-Day (CSD) letzten Jahres. Butler sollte auf der Abschlusskundgebung des CSD dessen Zivilcouragepreis verliehen werden. Dort verweigerte sie öffentlich die Entgegennahme und begründete dies mit rassistischen Tendenzen innerhalb einiger Organisationen, die den CSD in Berlin veranstalten. Da es personelle Überschneidungen zwischen dem Veranstalter des Abends mit den Organisatoren des CSD gibt, konnte offensichtlich nicht der Versuchung widerstanden werden, den Beitrag im Buch noch um „Annotationen“ zu ergänzen, die sich um diesen Rassismusvorwurf drehen. Dabei ist das Anliegen des Textes von Butler durchaus weitergehend, indem sie Grundlagen für eine queere Antikriegspolitik aufzuzeigen sucht.

Hierzu entwickelt Butler zunächst ihre Forderung nach „radikaler Demokratie“ aus dem sich im CSD artikulierenden Wunsch, öffentlichen Raum für sich zu beanspruchen. Dieses „Recht“ auf die Beanspruchung von öffentlichen Raum hilft Butler zu begreifen, warum der sich darin ausdrückende Kampf mit dem Kampf aller entrechteten Minderheiten verknüpft ist. War diese Bündnisforderung „früher“ in emanzipatorischen Bewegungen mal selbstverständlich (ob sie dann tatsächlich erfüllt wurde, ist eine andere Frage), so hat diese Selbstverständlichkeit heute verschiedene Risse: Viele Schwule sind nicht nur gut integriert, sondern fühlen sich Staat und Militär auch in deren rassistischem Handeln verpflichtet. Anderseits behindern rassistische Einstellungen bei schwulenpolitisch Aktiven Bündnisse mit anderen Minderheiten.

Butler beklagt nicht lediglich diesen Rassismus, sondern sie sucht – indem sie quasi einen Schritt zurück tritt – nach einer Grundlage queerer Antikriegspolitik. Diese sieht sie in der Auseinandersetzung mit der „normativen Rahmung“ des menschlichen Körpers durch Staat und Gesellschaft: „Dieser normative Rahmen legt von vornherein fest, welches Leben lebenswert, schützenswert und betrauernswert ist. Diese Auffassungen vom Leben durchziehen und rechtfertigen die heutigen Kriege. Leben wird danach unterschieden, ob es einen bestimmten Staat repräsentiert oder ob es eine Bedrohung für die liberale staatliche Demokratie darstellt, so dass reinen Gewissens ein Krieg im Namen eines bestimmten Lebens geführt werden oder die Zerstörung eines anderen reinen Gewissens gerechtfertigt werden kann.“

Deshalb kann Butler ihre Vorstellung von radikaler Demokratie – sich dem Fremden, fremden Ansprüchen, mögen sie auch irritieren, zu stellen – als Antikriegspolitik verstehen. Ob sie damit die Gay Community in ihrer Breite erreicht, kann man in Anbetracht von Homohochzeiten in Kriegszeiten bezweifeln. Interessant ist allerdings Butlers Text durchaus für KriegsgegnerInnen, die vom Ringen queerer Zusammenhänge um Antikriegsbündnisse jenseits von kulturellen Relativismus und Universalismus inhaltlich profitieren möchten.

Eugen Januschke ist aktiv im DFG-VK-Landesverband Berlin-Brandenburg.

piano + forte statt Kriegstransporte

lebenslaute

Die diesjährige Sommeraktion der Lebenslaute wird am Sonntag,

4. September 2011,

am Flughafen Leipzig/Halle stattfinden. Hinter den Kulissen dient der scheinbar zivile Flughafen als Drehscheibe für den Transport von deutschen und US-amerikanischen SoldatInnen in Kriegsgebiete, insbesondere nach Afghanistan. Auch Militärgüter werden hier in reibungsloser zivilmilitärischer Kooperation verfrachtet (siehe www.flughafennatofrei.de). Mit unserer Konzertaktion „piano und forte statt Kriegstransporte” stellen wir uns gegen jedweden Militarismus und werden das Tod bringende Profitstreben der Flughafenbetreiber, Kommunen und beteiligten Logistikunternehmen skandalisieren.

www.lebenslaute.net

Impressum

Redaktionsanschrift: ZivilCourage, Postfach 900843, 21048 Hamburg, Telefon 040-58966161, Telefax 03212-1028255, eMail zc@dfg-vk.de, Internet www.zc-online.de ● **Herausgeberin:** Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK), Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt ● **Redaktion:** Frank Brendle (eMail fb.zc@dfg-vk.de), Stephan Brües (eMail sb.zc@dfg-vk.de), Stefan Philipp (verantwortlich; eMail sp.zc@dfg-vk.de) ● **Druck:** UWS-Druck, Libanonstraße 72a, 70184 Stuttgart, Telefon 0711-463005 ● **Vertrieb:** Neckartalwerkstätten, Hafenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-3202834 ● **ISSN:** 1614-1954 ● **Anzeigenverwaltung:** SPS-Graphics, Postfach 900843, 21048 Hamburg, Telefon 040-69647239, eMail, sps-graphics@gmx.net; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2006 gültig. ● **Erscheinungsweise:** zweimonatlich, sechs Mal jährlich ● **Haftungsausschluss:** Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung. ● **Offizielle Stellungnahmen** der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. ● **Namentlich** gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. ● **Der Nachdruck** von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält. ● **Bezugsbedingungen:** Mitglieder der DFG-VK erhalten die ZivilCourage kostenlos. Ein Jahresabonnement kostet 14.- € inklusive Porto; Abonnierung schriftlich bei der Herausgeberin. ● **Beilagen:** „atomwaffenfrei“ (Gesamtauflage), „Südwest-Kontakte“ des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg (Teilauflage) ● **Redaktionsschluss** für diese Ausgabe war der 9. Mai. Die nächste Ausgabe erscheint im August, Redaktionsschluss ist der 4. Juli.

Unsere Aufgaben im Krieg

Zur Programmdebatte der DFG-VK

Von Frank Brendle

Deutschland ist im Krieg. Generäle und Politiker schreiben ihre strategischen Richtlinien, Weißbücher usw. seit 1990 beständig fort, aber die Friedensbewegung verharrt bei ihrer Programmatik auf dem Stand des Kalten Krieges.

Beim Thema „DFG-VK im Krieg“ wird sehr deutlich, dass das Programm der DFG-VK etliche weiße Flecken aufweist. Nichts von dem, was drin steht, ist falsch, aber es ist eben längst nicht mehr auf der Höhe der Zeit und trägt den aktuellen Erfordernissen nicht Rechnung. Natürlich muss ein Programm nicht auf jedes tagesaktuelle Thema eingehen. Aber es sollte jene Themen behandeln, von denen zu erwarten ist, dass sie die politische Entwicklung und das eigene Handeln auf absehbare Zeit bestimmen werden. Und genau das fehlt.

Dass Deutschland Krieg führt, ist längst mehr als nur ein „tagesaktuelles“ Ereignis. Es ist ein bestimmendes, strukturierendes Merkmal der deutschen Außenpolitik geworden. Nach 1990 wurden die Pläne, Krieg wieder zum normalen Mittel deutscher Politik zu machen, aus den Schubladen geholt und nach und nach umgesetzt und fortentwickelt. Seit der Beteiligung am Angriff auf Jugoslawien 1999 steht Deutschland ununterbrochen im Krieg, seit 2002 in Afghanistan. Ein Ende ist nicht abzusehen, und bei allem Hin und Her um die Reform der Bundeswehr ist doch eines klar: Die Orientierung am (Kriegs-)„Einsatz“ steht nicht in Frage. Die Struktur, die Bewaffnung, die Gesetzeslage, ja sogar die Zurichtung der „Heimatfront“ stehen unverkennbar unter der Maxime, dass Krieg eine jederzeit verfügbare Option ist.

Nichts davon findet sich im Programm der DFG-VK. Da ist weiter die Rede davon, dass „nach gewaltfreien Formen der Konfliktlösung“ gestrebt werde; „gesellschaftliche und ökonomische Gewaltverhältnisse in ihren Ursachen erkennen und abschaffen“ zu wollen. Unter dem Begriff „politisch handeln“ erfährt man, dass die DFG-VK sich „zunächst gegen Rüstung und Militärpolitik“ engagiert und für Abrüstung, Ächtung des Soldatentums und internationale Zusammenarbeit eintritt. Doch mit keinem Wort gehört zum politischen Handeln, wie es in unserem Programm erläutert wird, ganz konkretes Eintreten gegen die tatsächlich geführte Kriegspolitik. Dass Krieg ist, kommt im Programm einer der wichtigsten Friedensorganisationen Deutschlands nicht vor.

Das ist nicht verwunderlich: Das Programm wurde 1992 verfasst, und damals schien die Rückkehr des Krieges als Konstante deutscher Außenpolitik vielen als unvorstellbar. Doch heute muss wohl gesagt werden: Die Friedensbewegung hat in einem Land, dessen Armee seit nunmehr zwölf Jahren in unterschiedlichen Ländern Bomben wirft und Menschen tötet, mehr Aufgaben als sie das Programm benennt. Friedensarbeit darf sich nicht darin erschöpfen, für langfristige Änderungen zu werben, die zu struktureller Kriegführungsunfähigkeit führen. Dass wir diese Forderungen schon im Programm haben, ist eminent wichtig, weil es verdeutlicht, dass wir über den Tellerrand hinaus blicken. Aber darüber darf nicht der Blick auf das verloren gehen, was sich innerhalb des Tellerrandes befindet.

Ein Blick zurück in die Vergangenheit hilft uns hier leider nicht viel weiter. Guido Grünewald hat in seinem wichtigen Buch über die Geschichte der DFG dargestellt, dass sie im Ersten Weltkrieg weitgehend versagt hat.

Sie hatte ein pazifistisches Programm, aber als der Krieg dann tatsächlich vom Zaun gebrochen wurde, übernahm sie die Behauptung, das Deutsche Reich führe einen „Verteidigungskrieg“. Von den übelsten Kriegshetzern unterschied sie sich zwar dadurch, dass sie für einen „Verständigungsfrieden“ eintrat. Diese Haltung – die auch die Mehrheits-SPD vertrat – führte in der Konsequenz aber auch nur zu einer Verlängerung des Krieges. Eine einseitige Abrüstung bzw. ein Waffenstillstand, der die Gefahr der militärischen Niederlage bedeutet hätte, wurde genauso abgelehnt wie Kriegsdienstverweigerung.

Es gab vereinzelte DFG-Aktive, die ihrem Pazifismus treu blieben und es dafür in Kauf nahmen, dass ihre bürgerlichen Karrieren ruiniert wurden, aber die Führung der DFG hoffte, wie es Grünewald formuliert, „ihre nationale Zuverlässigkeit unter Beweis stellen und aus dem gesellschaftlichen Ghetto ausbrechen zu können.“ Bei manchen mag das Ausdruck von Opportunismus gewesen sein, bei den meisten kann aber wohl unterstellt werden, dass sie subjektiv ehrlich Patrioten gewesen waren, für die ein Untergang ihres „Vaterlandes“ eine noch größere Katastrophe gewesen wäre als der Krieg.

Die programmatische Grundlage für die Anti-Kriegs-Arbeit fehlt

So schlimm ist es in unserer DFG-VK natürlich bei weitem nicht. Sie ist eine der wichtigsten Kräfte, die sich in Deutschland gegen den Afghanistan-Krieg engagieren. Aber: Unsere Anti-Kriegs-Arbeit entbehrt einer programmatischen Grundlage. Wir haben nie darüber geredet, was ein Engagement gegen die deutsche Kriegspolitik für uns wirklich bedeutet. Ein Großteil der Spannungen, die es im Verband gibt, rührt daher, dass wir uns die Frage: Was sind unsere Aufgaben im Krieg, welches sind unsere Mittel, was bedeutet das für unsere Stellung in dieser Gesellschaft, bislang nicht gestellt haben.

Der Grundkonsens der DFG-VK ist notwendig, aber nicht ausreichend: „Ich bin entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten“, heißt es in der Grundsatzerklärung. Doch „gegen Kriegsursachen“ zu arbeiten, sagt nichts darüber aus, wie man gegen aktuelle Kriege zu wirken gedenkt, und die Verpflichtung, „keine Art von Krieg zu unterstützen“, entbehrt des Aufrufs zu praktischer Arbeit gegen den Krieg.

Dabei können wir von Glück reden, dass uns die Gretchenfrage, ob wir mit unsere Ablehnung deutscher Kriegspolitik so weit gehen würden, eine Niederlage Deutschlands in Kauf zu nehmen, nicht wirklich stellen müssen bzw. nur in sehr abgeschwächter Form: Eine Niederlage am Hindukusch wiegt schließlich nicht so schwer, wie es die Niederlage etwa im Ersten Weltkrieg tat.

Aber wenn wir uns darin einig sind, dass unser Pazifismus uns verpflichtet, die Kriegführungsfähigkeit des Staates nicht nur langfristig und strukturell, sondern auch so praktisch wie möglich zu beeinträchtigen, rührt sogleich die Frage der Mittel ans Selbstverständnis. Zu den bislang üblichen Mitteln gehören im Wesentlichen aufklärende, demonstrative und appellative Aktionen: Demonstrationen, Flugblätter, Vorträge, Unterschriftensammlungen, Artikel. Das bleibt eine

unverzichtbare Aufgabe auf lange Zeit – eine Zeit, die aber jene Afghaninnen und Afghanen, die schon heute Opfer deutscher Waffen werden, nicht haben. Unsere Mittel werden pazifistisch bleiben, können aber sehr wohl Formen der Sabotage beinhalten: politische Sabotage, welche die kriegsbefürwortende Propaganda stört – hier sei auf den Artikel von Eugen Januschke zur Provokation als Aktionsmittel in der letzten **ZivilCourage** hingewiesen.

Indirekte Sabotage in Form von Blockaden oder Zivilem Ungehorsam gehören dazu. Die direkte Sabotage, etwa das Unschädlichmachen von Kriegsgerät, gehört hingegen bisher nicht zum Selbstverständnis der DFG-VK. Das verwundert, weil ein Blick ins Ausland zeigt, das es dort etliche Friedensgruppen mit durchweg pazifistischem, häufig christlichem, Selbstverständnis gibt, die das Zerstören militärischer Flugzeuge, Fahrzeuge, Schusswaffen, Radaranlagen als legitimes Mittel betrachten, genannt sei hier nur die Pflugscharbewegung.

Die Frage, wie sich die DFG-VK im Krieg verhält, kann ihre Stellung in der Gesellschaft entscheidend beeinflussen. „Im Frieden“ suchen wir nach Mehrheiten gegen den Krieg. Aber wenn der Krieg da ist, und wir immer noch entschieden gegen ihn arbeiten, kann uns dies Sympathien kosten. Denn zu einer Gesellschaft, die den Krieg mit – sei es freundlichem oder unfreundlichem – Desinteresse hinnimmt, stehen wir zwangsläufig in Opposition. Manche werden unsere Forderung nach Ächtung des Soldatentums unerträglich finden, wenn ihre Angehörigen in Uniform unter akutem Beschuss stehen, oder sie fürchten schlichtweg einen Wohlstandsverlust, wenn Deutschland den Krieg verliert. Und es ist klar, dass eine politische Kraft, die entschieden gegen die Kriegspolitik des Staates agiert, sich bei den staatlichen Behörden extrem unbeliebt macht. „Droht“ diese Kraft relevante Wirkungen zu entfalten, muss sie mit entsprechender Diffamierung und Verfolgung rechnen. Davon können in der DFG-VK sämtliche politischen Schattierungen, von Jürgen Grässlin bis zu den Berliner BamM-AktivistInnen, ein Lied singen.

Das Schielen nach Wohlgelittenheit in Staat und Gesellschaft darf unser Handeln also nicht bestimmen. Andererseits dürfen wir mit einer auch kurzfristig-interventionistischen antimilitaristischen Politik auch nicht geradewegs in die Kriminalisierungs- und Diskriminierungsfalle tappen. Wie dieser Spagat zu meistern geht – das wäre eine dringlich zu führende Debatte, die mindestens dies voraussetzt: Ein hohes Maß an Experimentierfreudigkeit und Solidarität sowie ein aktives Werben für Notwendigkeit und Legitimität vielfältiger Protestformen.

Auch die Stellung der DFG-VK zu den Soldaten ändert sich: „Im Frieden“ agitieren wir für Kriegsdienstverweigerung, gegen Rekrutierungen usw. Wir sprechen zu Soldaten als Menschen, die ja eigentlich auch keinen Krieg wollen können, die nur einen Job suchen und die es aufzuklären gilt. Aber wenn sie diesen Krieg dann führen und sich als unempfänglich für unsere Argumente erweisen – was bedeutet dann „Ächtung des Soldatentums“? Der in Deutschland herrschende Konsens lautet derzeit: Den Krieg darf man für falsch halten, aber den Soldaten muss man mit Achtung begegnen. Dabei läuft das dann doch nur darauf hinaus, den Krieg zu dulden. Eine Ächtung von Soldaten, die sich einer Armee anschließen, die Angriffskriege durchführt und Massaker befiehlt, ist unerlässlich. Wir verachten sie, weil sie die Menschen- und Lebensrechte anderer aufs Äußerste missachten – aber wir weisen ihnen zugleich den Weg, wieder zu „anständigen Mitbürgern“ zu werden: Durch Desertion und Kriegsdienstverweigerung.

Die DFG-VK präsentiert sich heute als Verein, der sich tapfer gegen den Krieg engagiert, aber gar nicht genau weiß, wie er eigentlich dazu kommt. Alle (alle, die sich überhaupt engagieren) reden vom Afghanistan-Krieg, aber das Programm der DFG-VK suggeriert immer noch, der Krieg sei etwas, das in weiter Ferne liegt und durch beharrliche pazifistische Arbeit abzuwenden sei. Es ist von gestern und gibt keinerlei Anleitungen für die heute so wichtige pazifistische Arbeit.

Wohlgemerkt: Es geht nicht darum, das Programm hopplahopp umzuschreiben und per Mehrheitsbeschluss neue Aktionsmethoden und Selbstverständnisse festzuschreiben. Es geht aber darum, endlich die Debatte zu führen, wie genau wir uns eigentlich vorstellen, den Militärs ganz praktisch ins Handwerk zu pfuschen.

Frank Brendle ist **ZivilCourage**-*Redakteur und aktiv im DFG-VK-Landesverband Berlin-Brandenburg.*

DFG-VK-Beitrittserklärung

Eintritt

Ich unterstütze die Grundsatzerklärung und werde Mitglied in der DFG-VK. Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten bei der DFG-VK gespeichert werden. Die DFG-VK sichert die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen zu.

Vorname

Nachname

Geburtsdatum

PLZ, Ort

Straße und Hausnummer

Telefon

@

eMail

Datum und Unterschrift

Beitrag

Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen):

- ○ Förderbeitrag (Stufe 6) 24 Euro
- ○ Förderbeitrag (Stufe 5) 18 Euro
- ○ Förderbeitrag (Stufe 4) 12,50 Euro
- ○ Normalbeitrag (Stufe 3) 8 Euro
- ○ Ermäßigter Beitrag (Stufe 2) 4 Euro
- ○ Mindestbeitrag (Stufe 1) 1,50 Euro

Darüber hinaus spende ich monatlich ____ Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig ____ Euro.

Mein Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen):

- ○ vierteljährlich
- ○ halbjährlich
- ○ jährlich

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

Kontoinhaber/in

Bank

BLZ

Kontonummer

Datum und Unterschrift

Das DFG-VK-Spendenkonto:
Nummer 8304600
Bank für Sozialwirtschaft Köln
BLZ 37020500

DFG-VK

ZivilCourage Nr. 2/2011

DFG-VK-BUNDESGESCHÄFTSSTELLE
Kasseler Straße 1 A, D-60486 Frankfurt
Postvertriebsstück DP AG 1 H 5756 F Entgelt bezahlt

Es ist Krieg! Position zeigen!

Unterschiedliche Materialien gegen den Krieg!
Aufkleber, Buttons, Plakate, Flyer u.a.m.

DFG-VK-Materialversand, Werastraße 10,
70182 Stuttgart
E-Mail: material@dfg-vk.de
Internet: www.dfg-vk.de/webshop

Deutsche Friedensgesellschaft-
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)
Seit 1892 gegen Krieg und Militarismus! -
Denn: Friedlich denken allein ändert nichts.
Mitglied werden! » www.dfg-vk.de

Spendenkonto: 830 46 01
Bank für Sozialwirtschaft BLZ 370 205 00
» www.frieden-mitmachen.de

DFG-VK

Weitere Informationen über die **DFG-VK** im Internet unter www.DFG-VK.de

... im DFG-VK-Mitgliedsbeitrag ist der Bezug der ZivilCourage enthalten.

Bitte Rückseite ausfüllen
und im Fensterumschlag
schicken an die

DFG-VK
Kasseler Straße 1A
60486 Frankfurt

Die pazifistische Grundsatzerklärung
Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

Friedlich denken allein ändert nichts.

Werde Mitglied!

Deutsche Friedensgesellschaft-
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
DFG-VK